

REPORT

IMK Report Nr. 203, September 2026

Das IMK ist ein Institut
der Hans-Böckler-Stiftung

ERHOLUNG TROTZ ENERGIEPREISSCHOCKS

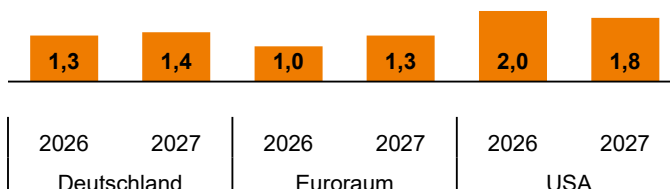
Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung 2026/2027

Christian Breuer, Sebastian Dullien, Alexander Herzog-Stein, Christoph Paetz, Katja Rietzler,
Sabine Stephan, Thomas Theobald, Silke Tober, Sebastian Watzka

AUF EINEN BLICK

- Die Weltwirtschaft verzeichnete in der ersten Jahreshälfte 2026 trotz der durch den Irankrieg gestiegenen Energiepreise ein solides Wachstum. Insgesamt steigt das weltweite Bruttoinlandsprodukt um 2,9 % bzw. 3,0 % in den Jahren 2026 und 2027.
- Auch die deutsche Konjunktur hatte sich in der ersten Jahreshälfte aufgrund höherer Exporte in die Europäische Union robuster gezeigt als zuvor erwartet wurde. In der zweiten Jahreshälfte 2026 dürften staatliche Investitionen in Infrastruktur und Militärausgaben die Exporte als treibende Kraft der Erholung ablösen. Insgesamt gehen von der Finanzpolitik in den Jahren 2026 und 2027 Impulse von 0,8 % bzw. 0,4 % des BIP aus.
- Trotz der starken Impulse ist bestenfalls gegen Ende des Prognosezeitraums mit den Anfängen eines selbsttragenden Aufschwungs zu rechnen. Ursache für die nur langsame Belebung der Gesamtwirtschaft sind die Energiepreisschocks.
- Der private Verbrauch wird im Prognosezeitraum aufgrund der Preisschocks nur begrenzt zum Wachstum beitragen. Das Bruttoinlandsprodukt steigt in diesem Jahr um 1,3 % und 2027 um 1,4 %.
- Die Arbeitslosigkeit wird im Prognosezeitraum leicht ansteigen auf rund 3 Millionen Personen bzw. 6,4 %.
- Das Budgetdefizit steigt im Zuge der expansiven Finanzpolitik auf 4,0 % und 4,1 % des BIP in den Jahren 2026 und 2027. Dabei stellt die Kreditfinanzierung der hohen Rüstungsausgaben die Finanzpolitik vor Herausforderungen.
- Die Risiken der Prognose sind infolge der möglichen Eskalationen im Iran- und im Ukrainekrieg hoch.

BIP-Wachstum in %



AUDIOKOMMENTAR

Christian Breuer zur wirtschaftlichen Entwicklung 2026/2027

<https://bit.ly/imkreport203>

Quelle: Prognose des IMK.

INHALT

Exporte und Staatsausgaben beleben deutsche Wirtschaft	3
Iran- und Ukrainekrieg dominieren Prognoserisiken	6
Weltwirtschaft stemmt sich gegen die Folgen des Irankriegs	7
US-Konjunktur behält Expansionstempo nahezu bei	7
Chinesische Konjunktur vor weiteren Stimuli	8
Wachstumsverlangsamung in Japan	8
Wirtschaft im Vereinigten Königreich verliert leicht an Fahrt	9
Euroraum: Konjunktur zeigt sich robust	9
Fiskalpolitik im Euroraum: Verteidigungsausgaben prägen den Kurs	10
Deutsche Konjunktur schwenkt auf Erholungskurs	11
Exporte überraschend stark	11
Energiepreise belasten privaten Konsum	12
Ausrüstungsinvestitionen nehmen Fahrt auf	12
Gedämpfte Erholung der Baukonjunktur	12
Arbeitsmarkt in schwierigem Fahrwasser	14
Öffentliche Haushalte jenseits von Infrastruktur und Verteidigung angespannt	16
Konsolidierung bei den Sozialversicherungen schmälert expansiven Impuls	16
Mehrausgaben und Entlastungen erhöhen das Defizit 2026	16
Geringere Fiskalimpulse und weiterhin hohes Defizit 2027	17
Datenanhang	18
Impressum	28

AUTORENSCHAFT



Prof. Dr. Christian Breuer
Referatsleitung Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung
christian-breuer@boeckler.de



Prof. Dr. Sebastian Dullien
Wissenschaftlicher Direktor
sebastian-dullien@boeckler.de



Prof. Alexander Herzog-Stein, PhD
Referatsleitung Arbeitsmarktwirtschaft
alexander-herzog-stein@boeckler.de



Dr. Christoph Paetz
Referatsleitung Europäische Wirtschaftspolitik
christoph-paetz@boeckler.de



Dr. Katja Rietzler
Referatsleitung Steuer- und Finanzpolitik
katja-rietzler@boeckler.de



Dr. Sabine Stephan
Referatsleitung Außenhandel und Handelspolitik
sabine-stephan@boeckler.de



Dr. Thomas Theobald
Referatsleitung Finanzmärkte und Konjunktur
thomas-theobald@boeckler.de



Dr. Silke Tober
Referatsleitung Geldpolitik
silke-tober@boeckler.de



PD Dr. Sebastian Watzka
Referatsleitung Europäische Makroökonomie
sebastian-watzka@boeckler.de

EXPORTE UND STAATSAUSGABEN BELEBEN DEUTSCHE WIRTSCHAFT

Trotz des massiven Anstiegs der Großhandelspreise für Diesel, Benzin und Erdgas verzeichnete die deutsche Wirtschaft im ersten Halbjahr 2026 die stärkste Wachstumsdynamik seit Anfang 2022. Die Exporte expandierten wider Erwarten stark und kompensierten dadurch die verhaltene Entwicklung des privaten Konsums sowie rückläufige Investitionen in Bauten und Ausrüstungen.

Angeregt durch die Exportnachfrage war auch die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe aufwärtsgerichtet, vor allem in den Bereichen Elektrotechnik und Chemie. Damit hat sich der seit 2018 bestehende Abwärtstrend in der Industrie erst einmal nicht weiter fortgesetzt. Gleichwohl ist die Lage nach wie vor angespannt. Im zweiten Quartal 2026 lag die Industrieproduktion immer noch um 13,2 % unter dem Niveau vom zweiten Quartal 2019 und der Beschäftigungsabbau setzte sich fort. In den sieben Jahren seit dem zweiten Quartal 2019 sind in der Industrie 617.000 Arbeitsplätze verloren gegangen – mehr als ein Viertel davon allein binnen Jahresfrist – und seit dem dritten Quartal 2024 ist auch die Zahl der Erwerbstätigen insgesamt rückläufig.

Die Exporte schwächen sich nach den hohen Zuwachsraten in der ersten Jahreshälfte 2026 merklich ab, bleiben aber im gesamten Prognosezeitraum trotz einer weiter abwärtsgerichteten Nachfrage aus China und einer sich lediglich stabilisierenden Ausfuhr in die USA aufwärtsgerichtet. Ausschlaggebend ist die Nachfrage aus europäischen Ländern, wobei – wie auch bei den Exporten in die Vereinigten Staaten – der Aufbau von Rechenzentren und der verstärkte Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) eine wichtige Rolle spielt.

In der zweiten Jahreshälfte 2026 dürften staatliche Investitionen in Infrastruktur (Sondervermögen) und Militärausgaben (Bereichsausnahme) die Exporte als treibende Kraft der Erholung ablösen. Dämpfend auf das BIP-Wachstum wirken im dritten Quartal zwar der niedrige Pegelstand des Rheins, der die Industrieproduktion insbesondere in den Bereichen Chemie und Raffinerie behindert, und eine mehrwöchige Produktionsunterbrechung wegen einer Werksumrüstung für die Fertigung von Elektrofahrzeugen. Infolge gut gefüllter Auftragsbücher dürfte aber im vierten Quartal eine leicht aufholende Dynamik zu verzeichnen sein.

Auf eine anhaltend solide Aufwärtsbewegung in den kommenden Monaten deuten neben den Auftragsbeständen auch die Erwartungen der Unternehmen hin. Insbesondere die Auftragseingänge im Maschinenbau sind nach einer langen Durststrecke seit Jahresbeginn wieder aufwärtsgerichtet. Zudem signalisiert der IMK Konjunkturindikator mit Datenstand Ende August 2026 eine zwar wieder leicht gestiegene, aber mit 25,9 % noch niedrige Rezessionswahrscheinlichkeit für den Zeitraum

Tabelle 1

Fiskalische Impulse durch diskretionäre Maßnahmen 2026 und 2027 gegenüber dem Vorjahr, in Mrd. Euro¹

	2026	2027
Einnahmen der Gebietskörperschaften	9,0	9,0
Jahressteuergesetz 2024	-0,3	0,1
Inflationsausgleichsgesetz	0,5	0,5
CO2-Bepreisung	-3,0	0,0
LKW-Maut	-0,2	-0,2
Tabaksteuermodernisierungsgesetz	-0,8	0,0
Gesetz zur Änderung der Tabaksteuer (2026)	0,0	-0,8
Anhebung der Alkoholsteuer	0,0	-0,5
Erhebung einer Plastikabgabe	0,0	-1,3
Wachstumschancengesetz	0,7	-0,4
Globale Mindestbesteuerung Säule 2	1,0	-0,3
Erhöhung Rundfunkbeitrag	0,0	-0,1
Rücknahme der Subvention von Agrardiesel	0,5	0,0
Steuerfortentwicklungsgesetz	6,3	0,9
Gesetz zur steuerlichen Freistellung des Existenzminimums 2024	-1,3	0,0
Einkommensteuerreformgesetz 2027	0,0	4,5
Aktivrente	0,9	0,0
Verteuerung Deutschlandticket	-0,8	-0,8
Umsatzsteuersenkung Gastronomie	3,1	0,6
Erhöhung der Pendlerpauschale	1,1	0,8
Erhöhung Listenpreis bei Dienstwagenbesteuerung	0,1	0,1
Investitions-Booster	2,0	5,1
Abschreibungs erleichterungen für Elektrofahrzeuge	1,4	0,3
Forschungszulage	0,0	0,3
Tankrabatt	1,6	-1,6
Senkung der Luftverkehrsteuer	0,2	0,2
Sonstige steuerliche Maßnahmen ²	-4,0	1,6
Ausgaben der Gebietskörperschaften	31,2	31,0
Zusätzliche Verteidigungsausgaben	8,0	16,0
Zusätzliche Ausgaben aus dem Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität	10,0	14,0
Wegfall der Gasspeicherumlage	3,4	0,0
Entlastung bei den Netzentgelten	6,5	-1,0
Industriestrompreis	0,0	2,4
Bisherige Kürzungen bei Bürgergeld und Elterngeld	-0,1	0,0
Ersatz des Bürgergeldes durch eine Grundsicherung	-0,1	0,0
Sozialer Wohnungsbau	0,5	0,5
Wohngeldreform	0,0	-1,2
Frühstartrente	0,0	0,2
Ukraine-Hilfe	3,0	0,0
Einnahmen der Sozialversicherung	-4,0	-7,8
Anhebung der Zusatzbeiträge in der GKV	-4,0	0,0
GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz (einnahmeseitig)	0,0	-4,3
Pflegeneuordnungsgesetz (einnahmeseitig)	0,0	-3,5
Ausgaben der Sozialversicherung	0,4	-14,2
Entbudgetierung der Hausärzte	0,4	0,0
GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz (ausgabeseitig)	0,0	-8,0
Pflegeneuordnungsgesetz (ausgabeseitig)	0,0	-6,0
Verlängerung der Bezugsdauer von Kurzarbeitergeld auf 24 Monate (bis längstens 31.12.2026)	0,0	-0,2
insgesamt	36,6	18,0
in % des BIP	0,8	0,4

¹ Ohne makroökonomische Rückwirkungen.

² Steuerrechtsänderungen laut BMF (2020, 2021, 2022, 2023, 2024, 2025, 2026) ohne die in dieser Tabelle gesondert aufgeführten Maßnahmen.

bis einschließlich November 2026 sowie ein moderates Wachstumstempo (► **Abbildung G auf Seite 24**).

Trotz des starken Impulses vom Export in der ersten Jahreshälfte und der zusätzlichen Infrastruktur- und Militärausgaben in Höhe von 10 Mrd. Euro bzw. 8 Mrd. Euro im Jahr 2026 und 14 Mrd. Euro bzw. 16 Mrd. Euro im Jahr 2027 – für sich genommen Impulse in Höhe von 0,4 und 0,8 Prozentpunkten des BIP in den Jahren 2026 und 2027 (**Tabelle 1**) – ist bestenfalls gegen Ende des Prognosezeitraums mit den Anfängen eines selbsttragenden Aufschwungs zu rechnen.

Ausschlaggebend für das langsame Überspringen der Impulse aus dem Export und der Staatnachfrage auf die Gesamtwirtschaft ist der Energiepreisschock. In der ersten Jahreshälfte 2026 brachte der Tankrabbat zwei Monate lang Entlastung, es bestand die weitverbreitete Hoffnung auf ein baldiges Ende des Irankriegs und die stärkere unmittelbare Betroffenheit Asiens von der Blockade der Straße von Hormus verschaffte der deutschen Chemieindustrie eine Sonderkonjunktur. Diese positiven Faktoren sind nun ausgelaufen oder laufen absehbar aus. Zudem sind ab der zweiten Jahreshälfte bis weit ins kommende Jahr hinein weitere Rahmenbedingungen ungünstiger als zuvor und in der IMK Sommerprognose angenommen (Breuer et al. 2026). Erstens sind die Erdgaspreise nicht nur deutlich höher als in der ersten Jahreshälfte 2026, sondern sie dürften auch länger hoch bleiben (**Tabelle 2, Abbildung 1**). Zweitens sind die Raffineriemargen stark gestiegen und erklären mittlerweile mehr als die Hälfte des Anstiegs der Kraftstoffpreise, da Raffinerien im Nahen Osten von ihren üblichen Transportwegen abgeschnitten sind und Kapazitäten in Russland im Krieg zerstört wurden (Kuik et al. 2026, Tober 2026). Drittens sind die langfristigen Zinsen nochmals gestiegen und mindern die Rentabilität privater Investitionen.

Die Exporte liefern in beiden Jahren mit jeweils 1,4 Prozentpunkten den größten Beitrag zum BIP-Wachstum. Der Außenhandel insgesamt wird das BIP in diesem Jahr um 0,5 Prozentpunkte erhöhen. Im nächsten Jahr wird er aufgrund stärker steigender Importe keinen Wachstumsbeitrag leisten (**Tabellen 3 und 4**). Der Staatskonsum, in dem sich auch Ausgaben für die Digitalisierung der Verwaltung, der Stellenaufbau bei der Bundeswehr und Ähnliches niederschlagen, ist in diesem Jahr das stärkste

Tabelle 2

Rahmendaten der Prognose

Jahresdurchschnittswerte

	2025	2026	2027
Dreimonats-Euribor (%)	2,2	2,4	2,5
Rendite zehnjähriger Staatsanleihen (Euraum) (%)	3,1	3,5	3,5
Rendite zehnjähriger Staatsanleihen (USA) (%)	4,3	4,5	4,6
Wechselkurs (USD/EUR)	1,13	1,17	1,18
Realer effektiver Wechselkurs des Euro (gegenüber 40 Ländern) ¹	96,1	97,2	97,9
Indikator der preislichen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands (gegenüber 60 Ländern) ¹	92,5	93,2	93,4
Tarifindex (Destatis, je Stunde) (% gg. Vorjahr)	2,7	2,4	2,7
Erdgaspreis (ICE Dutch TTF daily, EUR)	36	53	45
Rohölpreis (Brent, USD)	69	88	77

1 Sinkende Werte des Indikators bedeuten eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit.

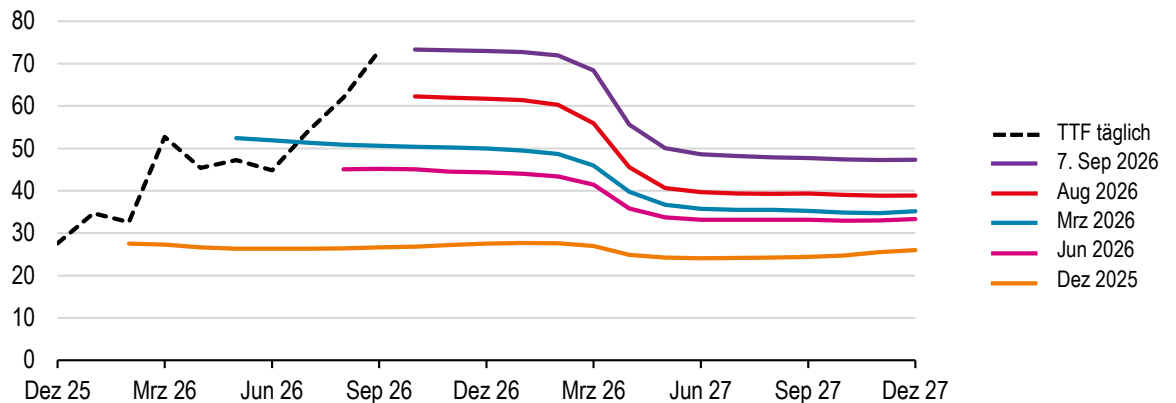
Quellen: Deutsche Bundesbank; US Energy Information Administration; Europäische Zentralbank; Federal Reserve; Macrobond; Statistisches Bundesamt; ab 2026 Prognose des IMK.



Abbildung 1

Erdgaspreise: Großhandel-Tagespreise und Futurespreise

ICE Dutch TTF, €/MWh, Monatsdurchschnitte Dez. 2025–Aug. 2026 sowie 7. Sep. 2026



Quelle: Macrobond.



Tabelle 3

Aggregat der Binnennachfrage mit einem Wachstumsbeitrag von 0,7 Prozentpunkten; im Jahr 2027 sind es immerhin noch 0,5 Prozentpunkte. Dann schlagen die öffentlichen Investitionen, die bereits im zweiten Halbjahr 2026 verstärkt zulegen, deutlicher durch, sodass die Bruttoanlageinvestitionen trotz weiterhin verhaltener privater Investitionen ihren Wachstumsbeitrag auf 0,6 Prozentpunkte erhöhen, nach 0,2 Prozentpunkten in diesem Jahr.

Angesichts eines im Prognosezeitraum weitgehend konstanten Beschäftigungsvolumens und einer starken Inflationsentwicklung fällt der private Konsum als wirtschaftliche Triebfeder aus. Nachdem die Konsumausgaben der privaten Haushalte in den vergangenen beiden Jahren um 1,4 % bzw. 1,3 % gestiegen waren und damit – den jüngst revidierten Zahlen des Statistischen Bundesamtes zufolge – auch im Jahr 2024 eine Rezession verhindert haben, stagnieren sie bis zum ersten Quartal 2027 annähernd und gewinnen erst danach bei sinkenden Kraftstoffpreisen etwas an Fahrt. Der Wachstumsbeitrag bleibt in beiden Jahren mit 0,1 bzw. 0,3 Prozentpunkten sehr schwach.

Die Inflation dürfte in Deutschland – anders als in den anderen großen Ländern des Euroraums – bis weit in den Prognosezeitraum hinein hoch bleiben. Zum einen wirken sich die deutlich höheren Großhandelspreise für Erdgas und Strom wegen der in Deutschland üblichen längerfristigen Verträge erst allmählich auf die Verbraucherpreise aus. Allein durch den nun bis ins erste Halbjahr 2027 anhaltenden Preisschub bei Erdgas und Strom dürfte die Inflation im kommenden Jahr um rund 0,3 Prozentpunkte höher ausfallen. Zum anderen kommen Gesetzesänderungen hinzu, die im Sommer 2026 verabschiedet wurden und die die Inflation im kommenden Jahr um weitere reichlich 0,3 Prozentpunkte erhöhen: Erstens das GKV-Beitragsstabilisierungsgesetz, durch das die Zuzahlungen bei rezeptpflichtigen Medikamenten, Hilfsmitteln und Krankenhausaufenthalten um 50 % und bei Zahnersatz um 20 % steigen, wodurch sich der Inflationsbeitrag um insgesamt knapp 0,2 Prozentpunkte erhöhen dürfte. Zweitens die Tabaksteuer, die sich bei voller Überwälzung mit 0,15 Prozentpunkten in der Inflation niederschlägt. Daher dürfte sich die Inflation im kommenden Jahr nochmals erhöhen, und zwar von 2,7 % auf 2,9 %, wobei sie zur Jahreswende sogar über 3,0 % steigen dürfte. Auch die Kernrate ohne Energie und Nahrungsmittel steigt, allerdings primär wegen der staatlich bestimmten Preissteigerungen im Gesundheitswesen und der Tabaksteuer, die sich in der Kernrate noch etwas stärker niederschlagen als im Verbraucherpreisindex insgesamt.

Folglich ergibt sich in den Jahren 2026 und 2027 eine Zunahme des Bruttoinlandsprodukts um 1,3 % bzw. 1,4 %. Dabei stimmen Verlaufs- und Durchschnittsraten in beiden Jahren überein und die Dynamik erhöht sich nur leicht (Tabellen 3 und 4).

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	2024	2025	2026	2027
Verwendung¹				
Private Konsumausgaben ²	1,4	1,3	0,3	0,6
Staatskonsum	3,9	1,7	2,9	2,1
Ausrüstungsinvestitionen	-4,7	-1,3	0,8	2,8
Bauinvestitionen	-2,4	-1,0	-1,0	2,5
Sonstige Anlageinvestitionen	2,8	1,7	2,4	3,5
Exporte	-1,7	-0,9	3,5	3,5
Importe	-0,6	2,9	2,3	3,7
Bruttoinlandsprodukt	0,0	0,2	1,3	1,4
Preise				
Bruttoinlandsprodukt	3,1	3,0	2,6	3,0
Konsumausgaben ²	2,3	2,5	2,8	2,9
Importe	-0,4	0,8	3,9	-0,4
<i>Nachrichtlich:</i>				
Verbraucherpreise (VPI)	2,2	2,2	2,7	2,9
Einkommensverteilung				
Arbeitnehmerentgelte	5,5	4,8	3,8	3,6
Gewinne ³	-3,7	-1,8	6,3	8,5
Volkseinkommen	2,8	3,0	4,5	5,0
<i>Nachrichtlich:</i>				
Tarifföhne (Stundenbasis)	4,8	2,7	2,4	2,7
Effektivverdienste (Stundenbasis)	4,7	4,9	3,8	3,2
Lohn drift	0,0	2,3	1,3	0,5
Bruttolöhne und -gehälter	5,5	4,4	3,8	3,5
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	5,2	4,4	4,2	3,6
Entstehung				
Erwerbstätige	0,1	-0,2	-0,4	-0,1
Arbeitszeit je Erwerbstätigen	0,2	-0,6	0,3	0,2
Arbeitsvolumen	0,3	-0,8	-0,1	0,1
Produktivität (je Stunde)	-0,3	1,1	1,4	1,3
Bruttoinlandsprodukt ¹	0,0	0,2	1,3	1,4
<i>Nachrichtlich:</i>				
Erwerbslose ⁴ , in 1000	1.490	1.666	1.753	1.805
Erwerbslosenquote ⁵ , in %	3,2	3,5	3,7	3,8
Arbeitslose ⁶ , in 1000	2.787	2.948	2.993	2.994
Arbeitslosenquote ⁷ , in %	6,0	6,3	6,4	6,4
Lohnstückkosten (je Stunde)	5,1	4,3	2,2	2,1
Budgetsaldo, in % des BIP	-2,8	-3,0	-4,0	-4,1

1 Preisbereinigt.

2 Private Haushalte inklusive privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

3 Unternehmens- und Vermögenseinkommen.

4 In der Abgrenzung der International Labour Organization (ILO).

5 In % der inländischen Erwerbspersonen.

6 In der Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit.

7 In % aller zivilen Erwerbspersonen.

Quellen: Deutsche Bundesbank; Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des IMK, ab 2026 Prognose des IMK.



Tabelle 4

Statistische Komponenten des BIP-Wachstums in % bzw. Prozentpunkten

	2025	2026	2027
Statistischer Überhang am Ende des Vorjahres ¹	0,2	0,2	0,4
Jahresverlaufsrate ²	0,3	1,3	1,4
Jahresdurchschnittliche Wachstumsrate, arbeitstäglich bereinigt	0,3	1,1	1,2
Kalendereffekt ³	-0,1	0,3	0,1
Jahresdurchschnittliche Wachstumsrate	0,2	1,3	1,4

1 Saison- und arbeitstäglich bereinigter Indexstand im vierten Quartal des Vorjahres in Relation zum arbeitstäglich bereinigten Durchschnitt aller Quartale des Vorjahres.

2 Jahresveränderungsrate im vierten Quartal, arbeitstäglich bereinigt.

3 In % des BIP.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IMK, ab 2026
Prognose des IMK.



Iran- und Ukrainekrieg dominieren Prognoserisiken

Die Prognose unterliegt erheblichen Risiken, wobei die Abwärtsrisiken deutlich gravierendere Folgen hätten. An erster Stelle steht dabei eine Verschärfung des aktuellen Energiepreisschocks. Bisher haben die massive Verringerung chinesischer Rohölimporte sowie die Freigabe von Ölreserven auch in anderen Ländern einen noch stärkeren Anstieg der Rohölpreise als Folge der Blockade der Straße von Hormus verhindert. Je länger die Blockade bestehen bleibt, desto geringer werden diese Puffer. Mit dem Winter dürfte zudem die Nachfrage nach Diesel und Heizöl deutlich steigen. Eine anhaltende Eskalation im Nahen Osten und ein weiterer Beschuss von Raffinerien dort und in Russland würde darüber hinaus die Kapazitätsengpässe verschärfen und die Raffineriemargen als mittlerweile größtem Preistreiber weiter steigen lassen.

Die Dauer und Intensität des Irankriegs stellt auch ein Risiko für den bereits um rund 50 % gestiegenen Erdgaspreis dar, da ein Fünftel des LNG üblicherweise durch die Straße von Hormus transportiert wird, insbesondere aus Katar (IEA 2026). Dies gilt umso mehr als die Speicherstände in Deutschland auf historisch niedrigem Niveau sind. Ein stärkerer Anstieg des Gaspreises würde zum einen den privaten Konsum treffen, da noch knapp 50 % der Haushalte in Deutschland mit Gas heizen (Knoche et al. 2026), und zum anderen die Wirtschaft, da Erdgas in zahlreichen Industriebranchen von der chemischen Industrie über die Metall-, Glas- und Papierindustrie bis hin zur Lebensmittelindustrie insbesondere für Prozesswärme benötigt wird.

Eine stärkere und länger andauernde Energiekrise würde zudem das Risiko eines deutlichen Anstiegs der Nahrungsmittelpreise erhöhen, der ohnehin angesichts der kriegsbedingt verminderten Exportfähigkeit der global wichtigen Getreidelieferanten Russland und Ukraine sowie der diesjährigen Hitzewelle und möglicher Klima- und insbesondere El-Niño-bedingter Produktionsausfälle heftiger ausfallen könnte als hier unterstellt.

Die Aufwärtsrisiken bestehen im Wesentlichen in einer schnellen Beendigung der Kriege im Iran und der Ukraine.

Das Risiko internationaler Finanzmarkturbulenzen ist aufgrund der hohen Bewertungen im KI-Sektor und hoher schuldenfinanzierter Finanzinvestitionen, beispielsweise von Hedgefonds, erhöht (Caballero 2026) und würde im Fall einer schwächeren Entwicklung der Weltwirtschaft oder einer Verschärfung der Kriege weiter steigen. Vor dem Hintergrund hoher staatlicher Schuldenstandsquoten und Budgetdefizite steigt mit der Inflation zudem die Gefahr eines Vertrauensverlusts in Staatsanleihen. Dieses Risiko besteht aktuell nicht nur für die von Energiekrisen besonders stark betroffenen ärmeren Länder, sondern auch für die Vereinigten Staaten, deren Staatsanleihen in vielen Ländern gehalten werden, mit denen sich die Trump-Regierung im Konflikt befindet (Theobald und Tober 2026).

Ein wirtschaftspolitisches Risiko besteht zudem darin, dass die unterstellten öffentlichen Investitionen geringer ausfallen oder eine geringere reale Wirkung entfalten. Dass die Bundesregierung im kommenden Jahr als Preistreiber wirkt und die Inflationsrate 2026 durch diskretionäre Maßnahmen um 0,3 Prozentpunkte erhöht, ist aktuelle Gesetzeslage. Ein Aufwärtsrisiko für die Prognose besteht darin, dass die Bundesregierung Maßnahmen zur Abfederung des Energiepreisschocks ergreift, beispielsweise durch eine Entkopplung von Gas- und Strommarkt (Bauermann, Theobald und Janßen 2026), die gezielten Senkungen der indirekten Steuern oder eine stärkere Subvention der Netzentgelte als in der Haushaltsplanung vorgesehen. Die Netzentgelte machen immerhin rund ein Viertel des Strompreises aus. Dadurch würden die privaten Haushalte entlastet und der private Konsum gestützt, und es würde zugleich die Gefahr von Zweit-rundeneffekten verringert (Dullien und Tober 2024).

Die Geldpolitik der EZB stellt ein weiteres Abwärtsrisiko dar. Die Märkte preisen mittlerweile zusätzlich zu den bereits erfolgten Zinserhöhungen im Juni und im September 2026 ein bis zwei weitere Zinsschritte ein, wodurch die Finanzierungskosten der Unternehmen weiter steigen und die privaten Investitionen zusätzlich geschwächt würden. Dabei handelt es sich um einen klassischen Preisschock: Der Anstieg der Inflationsrate im Euroraum von 2,0 % im Dezember 2025 auf 3,3 % im August 2026 ist mit 1,2 Prozentpunkten auf die Energiepreise zurückzuführen und der Preisauftrieb

von Dienstleistungen hat sich von 3,4 % auf 3,0 % abgeschwächt, obwohl sich Flug- und Pauschalreisen deutlich verteuert haben. Die EZB hat es bisher versäumt klarzustellen, dass Zinserhöhungen bei Preisschocks nur dann angemessen sind, wenn sich Zweitrundeneffekte abzeichnen – was auch nach Einschätzung der EZB bisher nicht der Fall ist (EZB 2026). Sofern die Lohnentwicklung die überhöhte Inflation nicht nachvollzieht und der Inflation dadurch Persistenz verleiht, ist der Effekt von Preisschocks auf die Inflation auch ohne eine zusätzliche Dämpfung der wirtschaftlichen Aktivität begrenzt. Eben aus diesem Grund gibt die geldpolitische Strategie der EZB eine Orientierung an der mittelfristigen Inflationsentwicklung vor.

Die jüngste Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zeichnet ein etwas positiveres Bild der deutschen Wirtschaft der vergangenen Jahre. Insgesamt fiel das BIP-Wachstum seit dem zweiten Quartal 2019 mit insgesamt knapp 2 % um 0,9 Prozentpunkte höher aus als zuvor berechnet. Dadurch stellt sich auch die Produktivitätsentwicklung etwas besser dar. Das Risiko einer fortschreitenden Deindustrialisierung Deutschlands mit negativen Folgen für den Lebensstandard hierzulande ist hoch. Auch für den Euroraum insgesamt ist eine besonnene Geldpolitik erforderlich und eine aktive Wirtschaftspolitik der Regierungen, die transformative Investitionen vorantreibt und einen Beitrag zur Sicherung der Preisstabilität leistet, statt die Inflation durch zusätzliche Steuern und Abgaben zu erhöhen.

WELTWIRTSCHAFT STEMMT SICH GEGEN DIE FOLGEN DES IRANKRIEGS

Die Weltwirtschaft verzeichnete im ersten Halbjahr 2026 trotz der durch den Irankrieg gestiegenen Preise für Flüssiggas, Rohöl und in besonderem Maße raffinierte Ölprodukte ein solides Wachstum. Zwar war die Produktion im Nahen Osten rückläufig und in China sowie einigen ostasiatischen Volkswirtschaften verlor die Wirtschaft leicht an Dynamik. Nahezu kompensiert werden konnte das jedoch durch den Zuwachs der Wirtschaftsaktivitäten in den entwickelten Volkswirtschaften und übrigen Schwellenländern. Dabei spielte eine steigende Nachfrage nach Investitionsgütern, insbesondere zur Errichtung von Datenzentren und entsprechender Infrastruktur für die KI vor allem in den USA, eine wichtige Rolle.

Einzelne Frühindikatoren zum Welthandel, wie der RWI/ISL-Containerumschlag-Index, weisen zwar daraufhin, dass das Expansionstempo im zweiten Halbjahr 2026 leicht abnehmen dürfte. Die Gesamtschau der Indikatoren deutet aber keinen Einbruch, sondern nur eine etwas verhaltenere Aufwärtsentwicklung als im Jahr 2025 an.

US-Konjunktur behält Expansionstempo nahezu bei

Die US-amerikanische Produktion legte im zweiten Quartal 2026 mit 0,4 % zu und wuchs somit nur leicht schwächer als im Vorquartal (► **Abbildung A auf Seite 18**). Kräftige Wachstumsbeiträge lieferten dabei die Bruttoanlageinvestitionen sowie der private Konsum, gestützt durch eine weitere Senkung der Sparquote der privaten Haushalte. Diese erreicht mit rund 3 % ein Niveau, das deutlich unter dem historischen Durchschnitt liegt. Der Aufbau von Datenzentren und von Energieinfrastruktur im Zuge des KI-Booms regte die Ausrüstungsinvestitionen und Investitionen in geistiges Eigentum an.

Ein anhaltender KI-Boom ist essenziell für die Fortsetzung des US-Aufschwungs. Die Tatsache, dass US-Unternehmen die KI-Investitionen zunehmend durch Fremdkapital finanzieren, hat neben der jahrelangen Zunahme der Staatsschuldenquote im August 2026 dazu geführt, dass die Zinsen der US-Staatsanleihen spürbar gestiegen sind. Diese Entwicklung dürfte den Finanzierungsspielraum für öffentliche wie auch private Investitionen im Prognosezeitraum einengen.

Belastend wirken zudem die durch den Irankrieg ausgelösten Energiepreisschocks. Die Zunahmen beim privaten Verbrauch werden im Prognosezeitraum fast nur noch von einkommensstarken Haushalten getragen und dürften schwächer ausfallen als in der ersten Jahreshälfte 2026, in der ein Senken der Sparquote für viele Haushalte eine Möglichkeit zur Aufrechterhaltung des Konsums bot.

Der Arbeitsmarkt sendet uneinheitliche Signale. Die Dynamik des Beschäftigungsaufbaus war zwischen Mai und Juli mit durchschnittlich knapp 40.000 Personen pro Monat zunächst schwach, bevor sie im August mit einem Zuwachs von 162.000 Personen wieder deutlich zunahm. Gleichzeitig ist die Arbeitslosenquote von 4,3 % im Mai auf 4,1 % im August zurückgegangen. Diese Entwicklungen gehen einher mit einem spürbaren Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, die von Januar bis Juli 2026 um mehr als eine Million Personen abnahm. Hierfür dürfte neben der Alterung die rigide Migrationspolitik der Trump-Administration verantwortlich sein.

Die Verbraucherpreise waren im Juli 3,3 % höher als im Vorjahr; die Inflation gemessen am Konsumdeflator, dem bevorzugten Maß der US-Notenbank, betrug 3,7 %. Bei der Kerninflation ohne Nahrungsmittel und Energie zeigt sich noch deutlicher die ungewöhnliche statistische Diskrepanz zwischen dem Konsumdeflator (3,3 % gegenüber Vorjahr im Juli) und den Verbraucherpreisen (2,5 %). Angesichts des weiter bestehenden Inflationsdrucks dürfte die US-Notenbank Fed vorerst von Leitzinssenkungen absehen und das derzeitige Zinsniveau (3,5 % - 3,75 %) beibehalten. Dagegen wird die Finanzpolitik trotz einer staatlichen Defizitquote von mehr als 6 % und eines im Verlauf des Prognose-

zeitraums wachsenden Anteils des Schuldendienstes am Gesamtbudget neutral wirken. Alles in allem wird das US-BIP in diesem Jahr um 2,0 % und im nächsten Jahr um 1,8 % zulegen (Tabelle 5).

Chinesische Konjunktur vor weiteren Stimuli

Die chinesische Wirtschaft expandierte im zweiten Quartal 2026 um vergleichsweise geringe 0,9 %, nach 1,3 % im Vorquartal (►Abbildung B auf Seite 19). Starke Wachstumsbeiträge lieferten die Investitionen und der Außenhandel, während der private Verbrauch nur mäßig zum Wachstum beitrug. Ohne den Irankrieg der USA wären die Exporte sogar noch stärker ausgefallen, weil es in einigen Sektoren, wie der chemischen Industrie, zwischenzeitlich zu Lieferstörungen kam. Ohne weitere expansive Maßnahmen der Fiskalpolitik dürfte das neue Wachstumsziel des Volkskongresses von jährlich 4,5 % kaum erreicht werden.

In begrenztem Maße sind aber sowohl investitionsseitige Mehrausgaben, finanziert durch langlaufende Sonderstaatsanleihen, als auch ein Hochfahren von Familien- und Bildungsförderungsbeihilfen für das zweite Halbjahr vorgesehen. Zudem rekapitalisiert die Zentralregierung staatseigene Banken und Versicherer und fördert den Schuldenabbau bei den Lokalregierungen. Die Binnennachfrage dürfte im Prognosezeitraum dennoch schwach bleiben. Die anhaltende Immobilienkrise, ein niedriges Verbrauchervertrauen und rückläufige Einkaufsmanagerindizes spiegeln die strukturellen Belastungen wider. Der PMI abseits des Verarbeitenden Gewerbes lag im August mit 49,3 Punkten zum zweiten Mal in Folge unterhalb der Expansionsschwelle. Die Inflation blieb mit zuletzt 0,5 % wieder deutlich unter dem Inflationsziel von 2 %. Um den Schwächen der Binnennachfrage entgegenzuwirken, dürfte China an seiner exportinduzierten Wachstumsstrategie und einer expansiven Fiskalpolitik festhalten. Das staatliche Gesamtdefizit dürfte 2026 auf über 7 % des BIP steigen. Alles in allem wird das chinesische BIP 2026 um 4,6 % und 2027 um 4,4 % zunehmen (Tabelle 5).

Tabelle 5

Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts und der Konsumentenpreise wichtiger globaler Handelspartner

Veränderung gegenüber Vorjahr in %

	Export- anteil ¹	Bruttoinlandsprodukt			Konsumentenpreise ²		
		2025	2026	2027	2025	2026	2027
Europa							
EU	56,0	1,5	1,4	1,5	2,5	3,1	2,7
Euroraum	39,0	1,3	1,0	1,3	2,1	2,9	2,4
UK	5,1	1,3	1,1	1,0	3,5	3,2	3,0
Schweiz	4,8	1,4	1,1	1,4	0,5	0,6	1,4
Türkei	1,9	3,6	3,2	3,5	34,9	32,1	20,3
Russland	0,4	1,0	0,7	1,3	8,7	5,9	3,8
Asien							
China	5,2	5,0	4,6	4,4	0,1	1,1	1,3
Japan	1,3	1,2	0,9	0,6	3,0	2,6	2,2
Südkorea	1,1	1,1	3,4	2,0	2,1	3,0	2,4
Indien	1,0	7,5	6,6	6,5	2,2	5,2	5,3
Amerika							
USA	9,4	2,1	2,0	1,8	2,6	3,6	2,5
Mexiko	1,0	0,7	1,4	2,0	3,8	3,9	3,7
Brasilien	0,8	2,6	1,8	2,1	5,0	4,6	4,5
Kanada	0,8	1,9	1,0	1,7	2,4	2,9	2,1
Summe	89,1						
		Welthandel ³			Welt BIP ⁴		
		5,0	3,7	3,9	3,4	2,9	3,0

1 Anteil an den gesamten deutschen Warenexporten 2025 in %.

2 Harmonisierter Verbraucherpreisindex für EU und Mitgliedsländer, ansonsten Konsumdeflator.

3 Das reale Wachstum bezieht sich auf die globalen Ex- bzw. Importe in USD zu Kaufkraftparitäten (Preise von 2021).

4 Das reale Wachstum bezieht sich auf die globale USD-Größe. Umrechnung mit Kaufkraftparitäten (Preise von 2021).

Wachstumsverlangsamung in Japan

Die Konjunktur in Japan dürfte nach einem kräftigen Wachstum im ersten Halbjahr 2026 an Fahrt verlieren. Die gesamtwirtschaftliche Produktion legte im ersten und im zweiten Quartal um 0,5 % bzw. 0,3 % zu (►Abbildung B auf Seite 19). Dieser Anstieg stützte sich vor allem auf Exportzuwächse bei schwachem Yen und einem kräftigen Anstieg des Staatskonsums, während der private Konsum nahezu stagnierte und die Unternehmensinvestitionen sogar zurückgingen. Der private Verbrauch wird auch im Prognosezeitraum angesichts anziehender Inflation wenig an Dynamik gewinnen.

Am Arbeitsmarkt ergeben sich aufgrund demografischer Knappheit kaum Veränderungen: Die Arbeitslosenquote sank im Juli um 0,1 Prozentpunkte auf niedrige 2,4 %. Die Inflationsrate, die sich zu Beginn des Jahres auf 1,5 % verringert hatte, stieg zuletzt aufgrund der Energiepreisschocks des Irankriegs wieder an. Sie betrug im Juli 2,0 % und erreichte damit die Zielmarke der japanischen Zentralbank. Die Geldpolitik setzt ihren Kurs der allmählichen Straffung auch zur Stabilisierung der Währung fort. Der Leitzins lag zuletzt bei 1,0 %, während Staatsanleihen erstmals seit 30 Jahren eine Rendite von 3,0 % übertrafen. Die Finanzpolitik der Regierung unter Ministerpräsidentin Takaiichi stützt kurzfristig noch, dürfte aber im weiteren Prognosezeitraum restriktiver ausgerichtet werden, weil die steigenden Zinsen den Schuldendienst erheblich erhöhen. Alles in allem wird sich das japanische Wirtschaftswachstum 2026 auf 0,9 % und 2027 auf 0,6 % verlangsamen (Tabelle 5).

Wirtschaft im Vereinigten Königreich verliert leicht an Fahrt

Das BIP im Vereinigten Königreich wuchs im zweiten Quartal um 0,4 %, nach kräftigen 0,6 % im Vorquartal. Treiber des Wachstums waren eine dynamische Entwicklung beim privaten Konsum sowie den Unternehmensinvestitionen. Die Wachstumskräfte werden sich im Prognosezeitraum aber aufgrund der Energiepreisschocks und einer leichten fiskalischen Konsolidierung der neuen Regierung unter Premierminister Burnham abschwächen. So hat die britische Regulierungsbehörde für den Gas- und Strommarkt nach einem Anstieg der Höchstpreise um 13 % ab Juli eine weitere Zunahme um 4 % ab Oktober angekündigt. Diese Preiserhöhungen belasten den privaten Verbrauch.

Die Konsumentenpreise waren im Juli 2,8 % höher als im Vorjahr, im Vormonat betrug die Inflation noch 2,6 %. Die Arbeitslosigkeit dürfte im Prognosezeitraum leicht zunehmen, nachdem die Arbeitslosenquote bis zur Jahresmitte 2026 stabil bei einem Niveau von rund 5 % lag. Angesichts des Inflationsdrucks dürfte die Bank of England die Leitzinsen im Prognosezeitraum unverändert bei 3,75 % belassen. Alles in allem wird das britische BIP 2026 um 1,1 % und 2027 um 1,0 % wachsen.

EURORAUM: KONJUNKTUR ZEIGT SICH ROBUST

Das BIP im Euroraum ist im zweiten Quartal mit 0,6 % kräftig gestiegen, während es im Vorquartal noch stagnierte. Bei näherer Betrachtung zeigt sich jedoch, dass die zugrunde liegende konjunkturelle Dynamik im Euroraum im ersten Halbjahr ausgeglichen war. So zeigt das BIP für den Euroraum ohne Irland in beiden Quartalen eine Wachstumsrate von jeweils 0,3 %.¹ Die Wirtschaftsleistung im gesamten Euroraum war im ersten Halbjahr 0,9 % höher als im selben Zeitraum des Vorjahres. Positive Wachstumsbeiträge kamen zuletzt vom Außenhandel (0,9 Prozentpunkte) und vom privaten Konsum (0,2 Prozentpunkte), während der Lagerabbau das Wachstum um 0,5 Prozentpunkte reduzierte.

Die wirtschaftliche Entwicklung des Euroraums ist im Prognosezeitraum weiterhin von erheblichen geo- und wirtschaftspolitischen Unsicherheiten geprägt. Insbesondere im zweiten Halbjahr dieses Jahres dürften der private Konsum und die Investitionen infolge des andauernden Krieges im Iran, der damit einhergehenden Unsicherheiten und der vorübergehend höheren Inflationsrate nur moderat

zunehmen. Zusätzlich dürfte die extreme Hitzewelle, die weite Teile Europas traf, die wirtschaftliche Entwicklung vorübergehend belastet haben. Aufgrund dessen dürfte das BIP in diesem Jahr nur um 1,0 % wachsen. Im kommenden Jahr wird die Wirtschaft dann wieder zu ihrer zugrundeliegenden konjunkturellen Dynamik zurückfinden und um 1,3 % zulegen. Die Inflation wird aufgrund des Irankriegs vorübergehend höher ausfallen und im Jahresdurchschnitt 2026 bei 2,9 % liegen, im darauffolgenden Jahr jedoch wieder sinken und sich mit 2,4 % dem Inflationsziel der EZB annähern. Aufgrund der hohen geopolitischen Unsicherheit und der möglicherweise länger erhöhten Energiepreise, überwiegen jedoch in dieser Prognose die negativen Risiken erheblich (Tabelle 6, ► Abbildung D auf Seite 21).

Die wirtschaftliche Entwicklung des Euroraums hängt neben Deutschland maßgeblich von den großen Volkswirtschaften Frankreich, Italien und Spanien ab. Während die Wirtschaftsleistung in

Tabelle 6

Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts und der Konsumentenpreise wichtiger europäischer Handelspartner Veränderung gegenüber Vorjahr in %

	Bruttoinlandsprodukt ¹			Konsumentenpreise ²		
	2025	2026	2027	2025	2026	2027
Deutschland	0,3	1,1	1,2	2,3	2,7	2,9
Frankreich	0,9	0,4	0,9	0,9	2,2	1,7
Italien	0,7	0,9	1,0	1,6	2,8	1,9
Spanien	2,8	2,7	2,1	2,7	3,4	2,1
Niederlande	1,6	1,4	1,5	3,0	3,2	2,5
Belgien	1,0	0,7	1,0	3,0	3,7	2,6
Österreich	1,0	0,7	1,0	3,6	3,3	2,7
Irland	8,1	-1,9	2,2	2,1	3,4	2,1
Finnland	0,8	1,7	1,7	1,8	2,7	2,2
Portugal	1,9	2,2	1,9	2,2	3,0	2,0
Griechenland	2,2	1,5	1,5	2,9	4,3	2,7
Euroraum	1,3	1,0	1,3	2,1	2,9	2,4
Dänemark	3,5	3,7	2,2	1,8	1,9	2,7
Polen	3,6	3,4	2,3	3,3	3,7	3,5
Rumänien	0,7	-0,9	2,2	6,8	9,7	5,8
Schweden	1,6	2,8	2,6	2,6	1,5	2,2
Tschechien	2,7	1,7	1,9	2,3	1,7	2,3
Ungarn	0,3	2,1	2,4	4,4	2,8	2,9
EU	1,5	1,4	1,5	2,5	3,1	2,7
	Arbeitslosenquote			Leistungsbilanzsaldo ³		
Euroraum	6,3	6,3	6,2	1,7	1,4	1,1
EU	6,0	6,0	5,9			

¹ Saison- und kalenderbereinigt.

² Harmonisierter Verbraucherpreisindex.

³ In % des BIP.

Quellen: Macrobond; NiGEM; Berechnungen des IMK; ab 2026 Prognose des IMK unter Verwendung von NiGEM.



¹ Zur Problematik der hohen Volatilität und Revisionen der irischen VGR für die Euroraum-Analyse siehe Deutsche Bundesbank (2026).

Frankreich zuletzt weitestgehend stagnierte, nahm sie in Italien moderat zu und expandierte in Spanien weiterhin kräftig.

Das französische BIP stagnierte im zweiten Quartal, nachdem es im ersten Quartal um 0,2 % zurückgegangen war. Die Wirtschaftsleistung im ersten Halbjahr war dennoch um 0,6 % höher als im selben Zeitraum des Vorjahres. Positive Wachstumsbeiträge kamen zuletzt vom Außenhandel und dem privaten und staatlichen Konsum, während die Veränderung der Vorräte einen negativen Effekt ausübte (Lagerabbau). Im Prognosezeitraum wird die konjunkturelle Dynamik insbesondere aufgrund der extremen Hitzewelle im dritten Quartal stagnieren und danach nur verhalten ausfallen. Wenngleich die französische Inflationsrate zu den niedrigsten im Euroraum zählt, wirken die Energiepreisschocks dämpfend auf den privaten Verbrauch, zumal die Lohnentwicklung im europäischen Vergleich schwach ist. Zudem dürften die aktuelle politische Blockade bei den Haushaltsverhandlungen sowie die Ungewissheit im Vorfeld der Präsidentschaftswahl im April 2027 das Vertrauen, die Investitionen und die wirtschaftliche Aktivität belasten. Insgesamt wird für Frankreich in diesem Jahr mit einem BIP-Wachstum von 0,4 % und für das nächste Jahr von 0,9 % gerechnet.

Die italienische Wirtschaftsleistung legte im vergangenen Quartal um 0,2 % zu, nach 0,3 % im ersten Quartal. Damit war die Wirtschaftsleistung im ersten Halbjahr um 0,9 % höher als im selben Zeitraum des Vorjahres. Zuletzt wurde das Wirtschaftswachstum vom privaten Konsum und den Lagerinvestitionen getragen, während vom Außenhandel trotz steigender Exporte ein negativer Wachstumsbeitrag ausging. Im Prognosezeitraum dürfte sich die konjunkturelle Dynamik fortsetzen, sodass für das laufende Jahr mit einem Wirtschaftswachstum von 0,9 % gerechnet wird, gefolgt von 1,0 % im nächsten Jahr.

In Spanien blieb die Wachstumsdynamik im ersten Halbjahr 2026 unverändert hoch. Im vergangenen Quartal legte das BIP um 0,7 % zu, nach einem Wachstum von 0,6 % im ersten Quartal. Mit Ausnahme von 0,5 % im ersten Quartal 2025 lag die Wachstumsrate damit das elfte Quartal in Folge bei 0,6 % oder höher. Damit überstieg die Wirtschaftsleistung im ersten Halbjahr 2026 ihr Niveau im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres um 2,7 %. Getragen wurde das Wachstum zuletzt wiederholt von den binnenwirtschaftlichen Kräften des privaten Konsums und der Investitionen, aber auch der Außenhandel trug zum Wachstum bei. Obwohl sich die konjunkturelle Dynamik im Prognosezeitraum voraussichtlich leicht abschwächen wird, dürfte sich die spanische Wirtschaft, ausgeglichen getragen von den Investitionen, dem Konsum und der Ausfuhr, weiterhin schwungvoll entwickeln. Insgesamt wird das BIP in diesem Jahr um 2,7 % und im nächsten Jahr um 2,1 % zulegen.

Fiskalpolitik im Euroraum: Verteidigungsausgaben prägen den Kurs

Für das Jahr 2026 ist von einer leicht expansiven fiskalischen Ausrichtung im Euroraum auszugehen. Diese ist insbesondere in steigenden nationalen Verteidigungsausgaben und einer Beschleunigung der Ausgaben aus der Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF) des NGEU-Programms vor dem Auslaufen in diesem Jahr begründet. Dazu kommen Unterstützungshilfen aufgrund der aktuell wieder gestiegenen Energiepreise, die Schätzungen der EU-Kommission zufolge in etwa 0,1 % des BIP ausmachen (Cepparulo und Reitano 2026).

Auf nationaler Ebene zeigt sich ein sehr heterogenes Bild unter den vier größten Euroländern. Während Deutschland einen deutlich expansiven Kurs einschlägt (► Tabelle 1 auf Seite 3), der von der Erhöhung der nationalen Verteidigungsausgaben und des Sondervermögens für Infrastruktur geprägt ist, verfolgt Frankreich eine fiskalische Konsolidierung. Italien und Spanien bewegen sich im Mittelfeld und weisen eine eher moderate, leicht expansive bis nahezu neutrale fiskalische Ausrichtung auf.

Im Jahr 2027 ist mit einem leichten Rückgang der expansiven fiskalischen Ausrichtung zu rechnen, sodass die Finanzpolitik im Euroraum insgesamt etwa neutral ausgerichtet sein sollte. Einerseits fallen die Mittel aus der ARF weg, wodurch ein restriktiver Impuls erzeugt wird. Andererseits hält der Anstieg der Verteidigungsausgaben weiter an. Sollten die Mitgliedsstaaten jedoch die eigentlich notwendigen Konsolidierungsmaßnahmen ergreifen, um die Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspakts zu erfüllen, könnte die Ausrichtung kontraktiver werden (Paetz und Watzka 2025).

Die deutliche Erhöhung der Verteidigungsausgaben wird maßgeblich durch die Aktivierung der nationalen Ausweichklauseln des reformierten EU-Fiskalregelwerks erleichtert. Diese Option wurde bereits von 14 Ländern des Euroraums gezogen und erlaubt es den Staaten, temporär vom beschlossenen Konsolidierungspfad abzuweichen, um den Anstieg der Rüstungsausgaben im Zeitraum 2025 bis 2028 abzufedern. Schätzungen der Europäischen Zentralbank gehen davon aus, dass die gesamten Verteidigungsausgaben im Euroraum bis 2028 auf etwa 2,1 % des BIP ansteigen werden, von etwa 1,5 % im Jahr 2025 (Lane 2026).²

² Basierend auf der COFOG-Abgrenzung (Classification of the Functions of Government). Hierbei handelt es sich um die international standardisierte Zuordnung nach dem Zweck der staatlichen Ausgabe und nicht nach der für die Ausgabe zuständigen staatlichen Stelle.

DEUTSCHE KONJUNKTUR SCHWENKT AUF ERHOLUNGSKURS

Die deutsche Konjunktur hat sich im ersten Halbjahr 2026 nach einer längeren Phase der Stagnation etwas besser entwickelt als noch vor Kurzem erwartet. Vor allem ein dynamischeres Exportwachstum hat zur Erholung in der ersten Jahreshälfte beigetragen. Im Prognosezeitraum treiben zwar die expansiven fiskalpolitischen Maßnahmen die Binnennachfrage, und der Außenbeitrag wird nicht mehr wie in den Vorjahren das Wachstum bremsen. Jedoch entzieht die neuerliche Energiepreisinflation dem privaten Verbrauch die Kaufkraft, die für ein spürbares Anziehen der realen Konsumausgaben nötig wäre. Insgesamt wird das BIP in diesem Jahr um 1,3 % und im kommenden Jahr um 1,4 % zunehmen.

Exporte überraschend stark

Angesichts des überaus schwierigen weltwirtschaftlichen Umfelds sind die Ausfuhren Deutschlands in der ersten Jahreshälfte 2026 überraschend stark gewachsen. Maßgeblichen Anteil hatten die Warenexporte, die im zweiten Quartal preisbereinigt um 2,6 % im Vergleich zum Vorquartal zulegten, nachdem sie bereits im ersten Quartal um 1,6 % zugenommen hatten. Allerdings entwickelte sich der Handel regional sehr unterschiedlich. Während die Ausfuhren in die EU-Länder in der ersten Jahreshälfte 2026 im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum erneut kräftig expandierten, gingen die Exporte nach China und in die USA nochmals stark zurück. Die branchenspezifische Betrachtung zeigt, dass elektronische und optische Erzeugnisse sowie elektrische Ausrüstungen besonders gefragt waren, was darauf hinweist, dass Hersteller aus Deutschland von Digitalisierung, KI-Boom und dem Ausbau der Energienetze profitieren. Hinzu kam der Sondereffekt, dass Hersteller von chemischen Erzeugnissen vorübergehend mehr exportieren konnten, weil chinesische Hersteller in Folge des Irankriegs mit Lieferengpässen und Produktionsproblemen zu kämpfen hatten.

Im Prognosezeitraum werden die Ausfuhren – getragen von einer robusten Nachfrage der EU-Länder und einer leichten Belebung der Nachfrage aus Drittländern – moderat zunehmen. Allerdings bleiben die Risiken für den internationalen Handel durch militärische Konflikte und handelspolitische Zwangsmaßnahmen nach wie vor beträchtlich. Alles in allem werden die Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen in diesem Jahr im Verlauf preisbereinigt um 5,4 % und im nächsten Jahr um 2,4 % wachsen. In jahresdurchschnittlicher Betrachtung ergibt sich sowohl für dieses als auch für das kommende Jahr ein Plus von jeweils 3,5 %.

Die Einfuhren von Waren und Dienstleistungen wurden in den beiden ersten Quartalen dieses Jah-

res ebenfalls deutlich ausgeweitet, wenngleich schwächer als die Exporte. Im Prognosezeitraum werden die Importe zunächst verhalten zunehmen. Wenn im kommenden Jahr der private Verbrauch wieder anzieht, werden auch die Importe etwas stärker expandieren. Alles in allem werden die Einfuhren von Waren und Dienstleistungen in diesem Jahr im Verlauf preisbereinigt um 3 % und im nächsten Jahr um 3,1 % zunehmen. Im Jahresdurchschnitt beträgt das Wachstum im Jahr 2026 2,3 % und im Jahr 2027 3,7 %.

Der Außenhandel wird das BIP-Wachstum diesem Jahr um 0,5 Prozentpunkte erhöhen; im kommenden Jahr wird er keinen Wachstumsbeitrag leisten (Tabelle 7). Der Leistungsbilanzsaldo in Prozent des BIP beträgt 2026 4,3 % und 2027 4,6 %.

Der Index der Einfuhrpreise ist in der ersten Jahreshälfte 2026 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um 2,6 % gestiegen. Den größten Einfluss auf die Gesamtentwicklung der Importpreise hatten Energie und Vorleistungsgüter, die sich im Zuge des Irankriegs um 8,4 % bzw. 6,2 % verteuerten. Der Index der Ausfuhrpreise ist im ersten Halbjahr 2026 um 1,9 % gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum gestiegen. Maßgeblich waren aufgrund ihres hohen Gewichts

Tabelle 7

Wachstumsbeiträge der Verwendungsaggregate¹
in Deutschland
in Prozentpunkten

	2025	2026	2027
Bruttoinlandsprodukt ²	0,2	1,3	1,4
Inlandsnachfrage	1,7	0,8	1,3
Konsumausgaben	1,1	0,8	0,8
Private Haushalte	0,7	0,1	0,3
Staat	0,4	0,7	0,5
Anlageinvestitionen	-0,1	0,2	0,6
Ausrüstungen	-0,1	0,1	0,2
Bauten	-0,1	-0,1	0,2
Sonstige Anlagen	0,1	0,1	0,2
Vorratsveränderung	0,7	-0,2	0,0
Außenbeitrag	-1,5	0,5	0,0
Ausfuhr	-0,4	1,4	1,4
Einfuhr	-1,1	-0,9	-1,4

1 Berechnet aus verketteten Volumenangaben; Lundberg-Komponente; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.
2 Wachstum in %.

am Gesamtindex die Vorleistungen, die sich um 3,5 % verteuerten.

Im Prognosezeitraum bleiben importierte Energieträger teuer. Zwar liegt der Prognose die Annahme zugrunde, dass es im Irankrieg zu einer gewissen Entspannung kommt, in dessen Folge der Ölpreis wieder schrittweise nachgeben wird. Aber die geringe Befüllung der Gasspeicher und der nahende Winter lassen erwarten, dass Gas in den kommenden Monaten teuer bleibt und der Gaspreis erst nach der Heizperiode im Frühling 2027 deutlich sinken wird.

Alles in allem dürfte der Importdeflator in diesem Jahr um 3,9 % steigen und im nächsten Jahr um 0,4 % zurückgehen. Der Exportdeflator dürfte im Jahr 2026 um 3,1 % und im Jahr 2027 um 0,6 % zunehmen. Die Terms of Trade werden sich somit in diesem Jahr verschlechtern; im nächsten Jahr verbessern sie sich dann wieder.

Energiepreise belasten privaten Konsum

Die realen Konsumausgaben der privaten Haushalte hatten in den Jahren 2024 und 2025 mit einem Wachstum von 1,4 % und 1,3 % erheblich zur Expansion der Binnennachfrage beigetragen. In den ersten beiden Quartalen des Jahres 2026 wurde dieser positive Trend unterbrochen. Zu Jahresbeginn ging der private Verbrauch – um 0,6 % zurück und im zweiten Quartal stagnierte er mit 0,1%. Auch in den kommenden Monaten wird der inflationsbedingte Kaufkraftverlust infolge des Irankriegs den privaten Verbrauch schwächen. So steht dem Anstieg der Bruttolöhne und -gehälter in den Jahren 2026 und 2027 um 3,8 % und 3,5 % ein Anstieg der Verbraucherpreise um 2,7 % und 2,9 % gegenüber.

Darüber hinaus werden die lohnbezogenen Steuern und Beiträge zur Sozialversicherung infolge von progressionsbedingten Mehreinnahmen und Beitragserhöhungen einen Teil der Lohnzuwächse aufzehren. Die Nettolöhne und -gehälter werden in diesem Jahr nominal nur um 3,6 % zunehmen und 2027 um 3,2 %.

Die nominalen Konsumausgaben werden auch infolge der Preissteigerungen in den Jahren 2026 bzw. 2027 um 3,1 % bzw. 3,6 % steigen. Das am GfK-Konsumklimaindex gemessene Konsumentenvertrauen hat sich im Sommer etwas verbessert, nachdem es im Frühjahr mit der Energiepreisinflation in Folge des Irankriegs deutlich zurückgegangen war.

Die Sparquote wird in diesem Jahr konstant bleiben bei 10,1 %, bevor sie im kommenden Jahr leicht zurückgeht. Insgesamt wird der reale private Konsum im Jahresdurchschnitt 2026 nur um 0,3 % zunehmen, im Jahresverlauf sinkt er sogar um 0,5 %. Im kommenden Jahr dürfte er im Durchschnitt wieder um 0,6 % steigen, im Verlauf mit 0,9 % etwas stärker. Somit wird der Wachstumsbeitrag des pri-

vaten Verbrauchs in diesem Jahr (0,1 Prozentpunkte) und im kommenden Jahr (0,3 Prozentpunkte) deutlich geringer ausfallen als in den Jahren 2024 und 2025 mit jeweils 0,7 Prozentpunkten (Tabellen 3 und 7, Abbildung 2).

Ausrüstungsinvestitionen nehmen Fahrt auf

Die Investitionen in Ausrüstungen waren im Jahr 2025 das dritte Jahr in Folge rückläufig. Zuletzt waren die Investitionen in Maschinen und Geräte aufwärtsgerichtet, während die Investitionen in Fahrzeuge deutlich abnahmen. Im Prognosezeitraum dürften die Ausrüstungsinvestitionen insgesamt eine Trendwende vollziehen.

Maßgeblich für die positive Entwicklung dürften die Ausrüstungsinvestitionen des Staates sein, die im Prognosezeitraum durch eine außerordentliche Ausweitung der militärischen Beschaffung geprägt werden.

Auch die privaten Ausrüstungsinvestitionen wiesen im Durchschnitt der letzten Quartale eine positive, wenn auch verhaltene Entwicklung auf und werden diese im Prognosezeitraum fortsetzen. Zwar hat der Irankrieg und die damit einhergehende Unsicherheit zuletzt eine günstigere Entwicklung verhindert. Es wird aber im Prognosezeitraum von einer Fortsetzung der insgesamt besseren Entwicklung der privaten Ausrüstungsinvestitionen ausgegangen. Die expansiven Maßnahmen der Bundesregierung werden zudem ihre Wirkung auf die öffentlichen Ausrüstungen entfalten und die dynamischere Entwicklung der Ausrüstungsinvestitionen insgesamt prägen.

Die wirtschaftspolitische Unsicherheit im Zusammenhang mit dem Irankrieg sowie die Antizipation kontraktiver Maßnahmen von Bundesregierung und Zentralbank dämpfen allerdings den Optimismus.

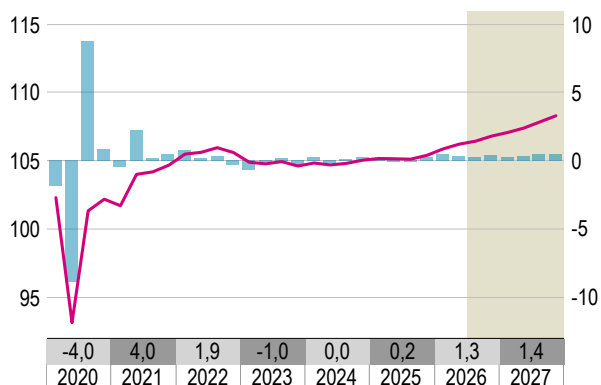
Alles in allem werden sie 2026 im Jahresdurchschnitt um 0,8 % und 2027 um 2,8 % zunehmen. Dennoch werden die Ausrüstungsinvestitionen nach langer Phase der Krise zum Ende des Prognosezeitraums das Vorkrisenniveau des Jahres 2019 immer noch um rund 5 % unterschreiten (Tabelle 3, Abbildung 2).

Gedämpfte Erholung der Baukonjunktur

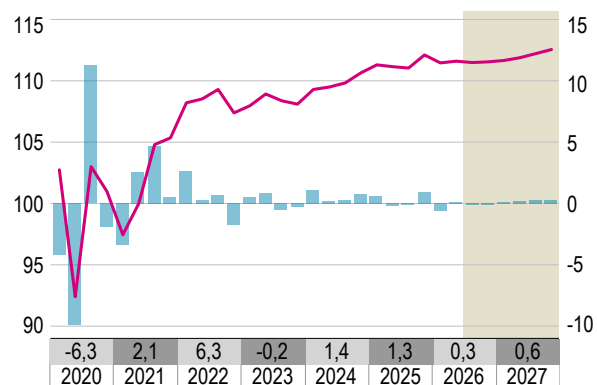
Seit dem Jahr 2021 sind die Bauinvestitionen rückläufig. Maßgeblich hierfür waren die Wohnbauinvestitionen, während der Nichtwohnbau seit dem Jahr 2024 bereits wieder positiv zum Wachstum beiträgt. Dabei wirkt der öffentliche Nichtwohnbau bereits seit 2024 stimulierend, während der private Nichtwohnbau bis zuletzt noch nicht Tritt fassen konnte. Im Prognosezeitraum wird sich die expansive Entwicklung beim öffentlichen Nichtwohnbau beschleunigen, wobei insbesondere die Impulse

Konjunktur in Deutschland

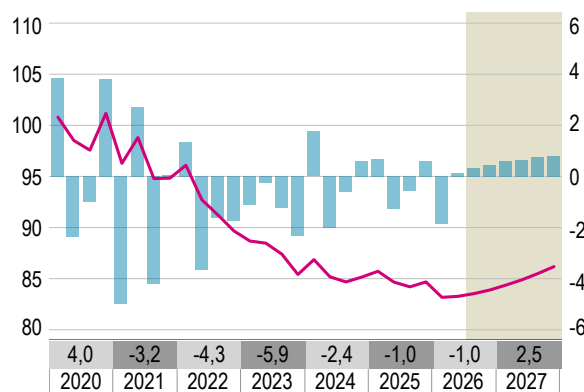
Bruttoinlandsprodukt



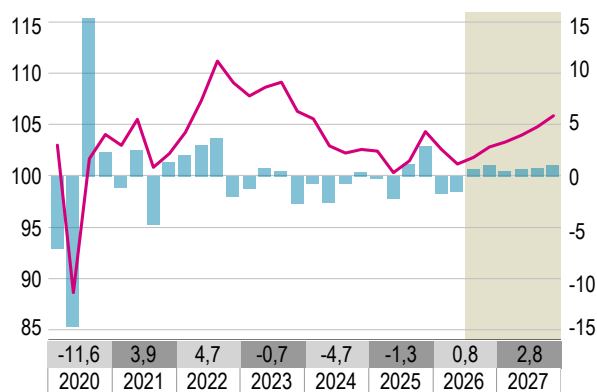
Private Konsumausgaben



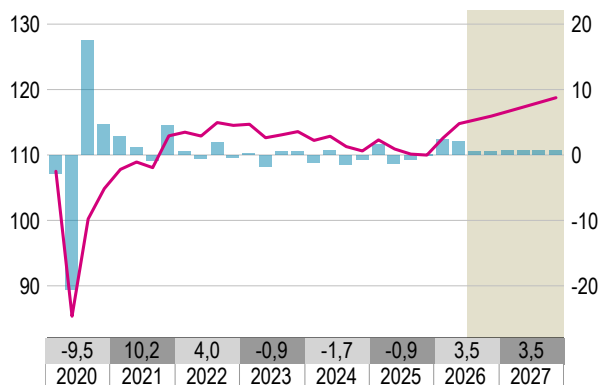
Bauinvestitionen



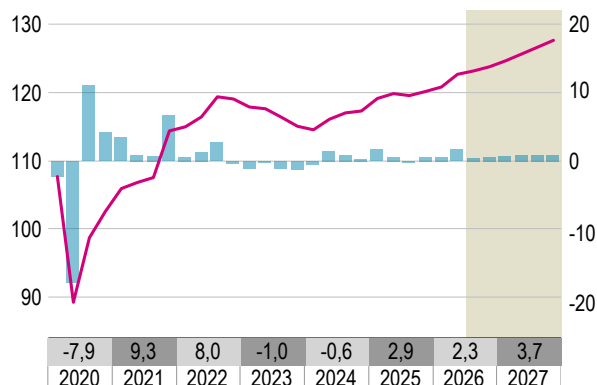
Ausrüstungsinvestitionen



Exporte von Gütern und Dienstleistungen



Importe von Gütern und Dienstleistungen



— Kettenindex (2020=100, linke Skala)
 — Prognose des IMK

■ Veränderung ggü. dem Vorquartal in % (rechte Skala)
 ■ Jahresdurchschnittsrate

Saison- und kalenderbereinigte Verläufe. 1. Quartal 2020 - 4. Quartal 2027. Ab 3. Quartal 2026 Prognose des IMK.

Eine interaktive detailliertere Ansicht findet sich auf unserer Homepage:
<https://bit.ly/3HHlaOW>

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IMK.

aus dem Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität (SVIK) zum Wachstum beitragen. Der private Nichtwohnbau wird stagnieren.

Für den Wohnbau wird im Prognosezeitraum mit einer leicht positiven Entwicklung gerechnet. Darauf deuten die gestiegenen Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe sowie die Baugenehmigungen hin. Auch die ifo-Geschäftserwartungen im Bauhauptgewerbe haben sich zuletzt wieder deutlich aufgehellt. Die gestiegenen Finanzierungskosten dämpfen hingegen eine expansivere Entwicklung.

Alles in allem sinken die Bauinvestitionen 2026 im Jahresdurchschnitt nochmals um 1,0 %, bevor sie im kommenden Jahr um 2,5 % zunehmen (Abbildung 2, Tabelle 3). Zum Jahresende 2027 wird das Vorkrisenniveau der Bauinvestitionen (viertes Quartal 2019) noch um mehr als 10 % unterschritten.

ARBEITSMARKT IN SCHWIERIGEM FAHRWASSER

Nach der aktuellen Revision der Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung durch das Statistische Bundesamt Ende August 2026 nimmt die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland nunmehr seit der zweiten Jahreshälfte 2024 ab, die Zahl der abhängig Beschäftigten seit dem zweiten Quartal 2025. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen steigt

bereits seit Frühjahr 2022. Trotz eines zuletzt besseren konjunkturellen Umfelds setzen sich diese Entwicklungen bislang auch im Jahr 2026 fort. In den ersten sieben Monaten 2026 ist die Erwerbstätigkeit saisonbereinigt um durchschnittlich 19 000 Personen pro Monat zurückgegangen, die Arbeitslosigkeit bis August um durchschnittlich 2 000 Personen pro Monat gestiegen. Auch die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung war in der ersten Jahreshälfte rückläufig.

Im Prognosezeitraum wird sich der Arbeitsmarkt – trotz der anhaltend positiven Wirtschaftsentwicklung – weiter schwach entwickeln. Angesichts des Beschäftigungsabbaus in der Industrie sind die konjunkturellen Impulse zunächst zu gering, um eine Trendwende bei Beschäftigung und Arbeitslosigkeit zu bewirken. Erst im Jahresverlauf 2027 dürfte sich das Bild zum Positiven wenden.

Das Arbeitsvolumen, die geleisteten Arbeitsstunden der Erwerbstätigen, wird über den Prognosezeitraum hinweg faktisch stagnieren. Im laufenden Jahr wird das Arbeitsvolumen um 0,1 % zurückgehen, im kommenden Jahr dann um 0,1 % zunehmen (Abbildung 3). Wesentlich für diese Entwicklung ist eine Zunahme der durchschnittlichen Arbeitszeit je Erwerbstätigen, die auch aufgrund eines merklichen Kalendereffekts um 0,3 % in diesem und um 0,2 % im nächsten Jahr zunehmen wird.

Die Erwerbstätigkeit wird im Prognosezeitraum weiter zurückgehen. Im Jahresdurchschnitt 2026 wird sie um 0,4 % und im darauffolgenden Jahr nochmals leicht um 0,1 % abnehmen (Tabelle 8). Im Verlauf dürfte die Erwerbstätigkeit in der zweiten Jahreshälfte 2027 dann wieder leicht zunehmen.

Die Selbständigkeit geht in beiden Jahren weiter spürbar zurück, während die Zahl der abhängig Beschäftigten zwar in der jahresdurchschnittlichen Betrachtung in beiden Jahren abnehmen, im Jahresverlauf 2027 aber wieder zulegen dürfte. Wesentlich hierfür dürfte die Erholung bei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung sein. Nachdem sie 2026 um 0,2 % fällt, nimmt sie dann 2027 im Jahresdurchschnitt wieder um 0,1 % zu. Dabei dürfte es sich zum überwiegenden Teil um zusätzliche sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in Teilzeit handeln. Die ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigung wird dagegen in beiden Jahren weiter abnehmen.

Nachdem die Arbeitsproduktivität (Stundenbasis) bereits 2025 wieder Fahrt aufgenommen und um 1,1 % zugenommen hat, wird sich das Wachstum der Arbeitsproduktivität im Zuge der wirtschaftlichen Erholung weiterhin dynamisch entwickeln. Im Jahr 2026 wird die Arbeitsproduktivität um 1,4 % und im darauffolgenden Jahr um 1,3 % wachsen.

Die registrierte Arbeitslosigkeit wird im Jahr 2026 weiter ansteigen. Im Jahresdurchschnitt dürfte sie knapp unter drei Millionen liegen. Die Arbeitslosenquote steigt im Jahresdurchschnitt von

Tabelle 8

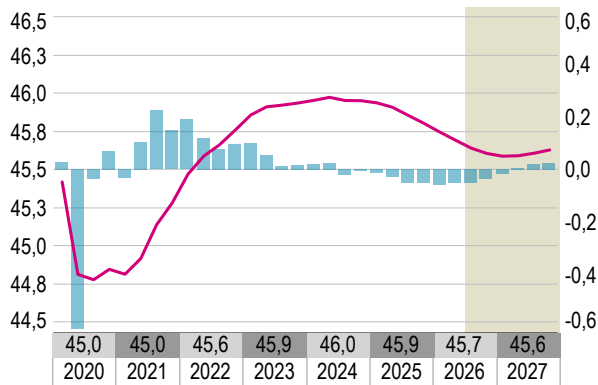
Arbeitsmarktbilanz
Jahresdurchschnitt in 1.000 Personen

	2024	2025	2026	2027
Erwerbstätige Inländer	45.801	45.725	45.526	45.458
Pendlersaldo	159	153	150	150
Erwerbstätige Inland	45.960	45.878	45.675	45.608
Arbeitnehmer	42.220	42.214	42.067	42.041
sozialversicherungs- pflichtige Beschäftigung	34.934	34.963	34.902	34.931
Minijobs	4.180	4.121	4.028	3.954
Selbständige	3.740	3.664	3.608	3.567
Arbeitslose ¹	2.787	2.948	2.993	2.994
Arbeitslosenquote BA ²	6,0	6,3	6,4	6,4
Erwerbslose ³	1.490	1.666	1.753	1.805
Erwerbslosenquote ⁴	3,2	3,5	3,7	3,8
Konjunkturelle Kurzarbeit	208	213	144	65

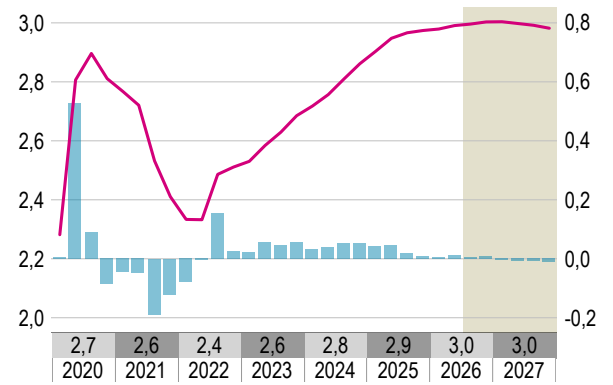
1 In der Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit.
2 In % aller zivilen Erwerbspersonen.
3 In der Abgrenzung der International Labour Organization (ILO).
4 In % der inländischen Erwerbspersonen.

Arbeitsmarkt in Deutschland

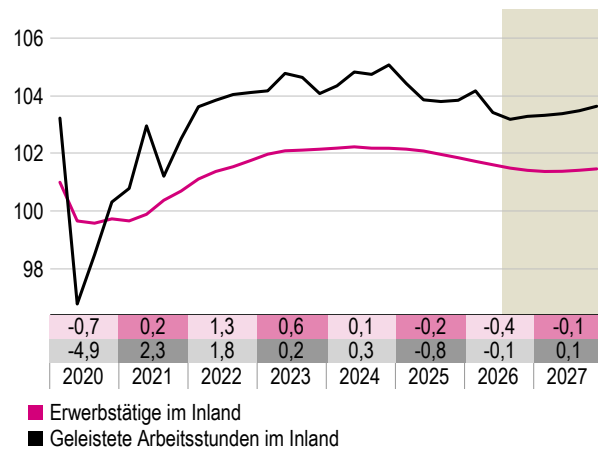
Erwerbstätige (Inland, Millionen Personen)



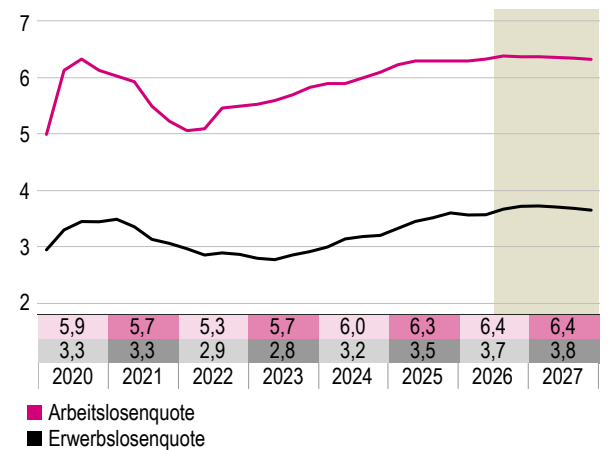
Arbeitslose (Millionen Personen)



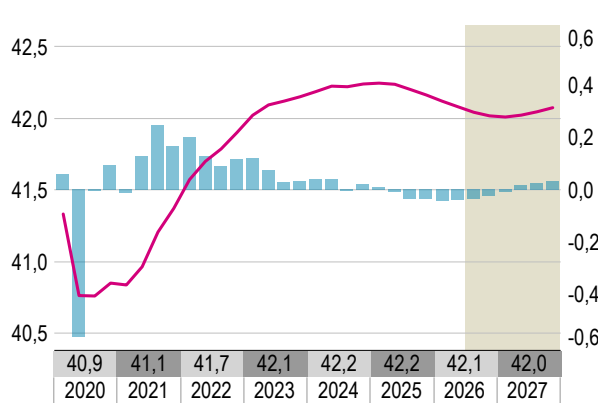
Erwerbstätige und Arbeitsvolumen (2020=100)



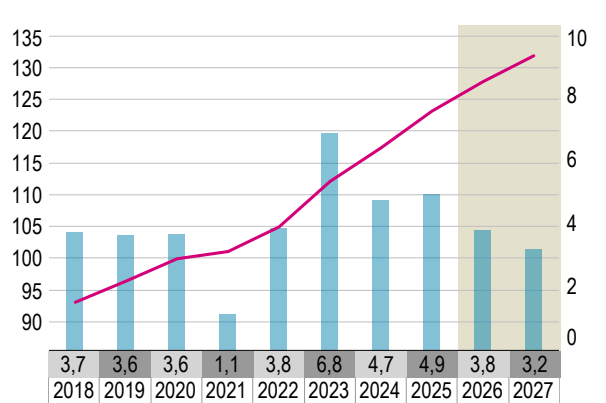
Arbeitslosen- und Erwerbslosenquote (%)



Arbeitnehmer (Inland, Millionen Personen)



Effektivverdienste (Stundenbasis, 2020=100)



Veränderung ggü. dem Vorquartal in Millionen, bzw. für Effektivverdienste in % ggü. dem Vorjahr (rechte Skala)
 Prognose des IMK
 Jahresdurchschnitt

Saisonbereinigte Verläufe. Ab 3. Quartal 2026 Prognose des IMK.

Eine interaktive detailliertere Ansicht findet sich auf unserer Homepage:
<https://bit.ly/3FVddFC>

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des IMK.

6,3 % im Vorjahr auf 6,4 %. Im Jahr 2027 dürfte die Zahl der Arbeitslosen dann weitgehend auf diesem Niveau stagnieren, gegen Ende des Prognosezeitraums dann aber leicht zurückgehen. Die Arbeitslosenquote dürfte im Jahresdurchschnitt 2027 bei 6,4 % verharren.

Die Effektivverdienste auf Stundenbasis entwickeln sich im Prognosezeitraum – auch wegen der zweistufigen Mindestloohnerhöhung – weiterhin dynamisch. Im Jahr 2026 steigen sie im Jahresdurchschnitt um 3,8 %, im kommenden Jahr dann um 3,2 %. Damit wachsen sie deutlich schneller als die Tariflöhne, die mit Zuwachsraten von 2,4 % beziehungsweise 2,7 %, auch gerade wegen der anhaltend schwierigen Transformation in der deutschen Industrie, verhaltener zunehmen dürften als die Effektivverdienste. Die weiterhin dynamische Lohnentwicklung im Prognosezeitraum dürfte sicherstellen, dass trotz der höheren Inflationsraten infolge des Irankriegs die Reallöhne in beiden Jahren steigen und die reale Kaufkraft der abhängig beschäftigten Haushalte zunehmen wird.

ÖFFENTLICHE HAUSHALTE JENSEITS VON INFRASTRUKTUR UND VERTEIDIGUNG ANGESpanNT

Konsolidierung bei den Sozialversicherungen schmälert expansiven Impuls

Für 2026, das erste volle Haushaltsjahr der neuen Regierung, ist eine deutliche Ausweitung der Verteidigungsausgaben und der Ausgaben aus dem SVIK veranschlagt. Die diskretionären Maßnahmen liefern einen Impuls von 36,6 Mrd. Euro oder 0,8 % des BIP in diesem Jahr und 18,0 Mrd. Euro oder 0,4 % des BIP im kommenden Jahr. Positive Impulse kommen stärker von der Ausgabenseite, getrieben vor allem von den neuen Verschuldungsmöglichkeiten für die Verteidigung sowie für Investitionen in Infrastruktur und Klimaneutralität. Auch Subventionen wie z.B. die Stützung der Netzentgelte und die Abschaffung der Gasspeicherumlage gehören zu den expansiven Maßnahmen. Auf der Einnahmenseite wirken Entlastungen bei direkten Steuern und Anhebungen der Beiträge zur Kranken- und zur Pflegeversicherung in entgegengesetzte Richtungen. Für das kommende Jahr sind zudem bei verschiedenen indirekten Steuern Erhöhungen geplant. So sollen die Tabaksteuer erneut angehoben, die bisher aus dem Bundeshaushalt abgeführte Plastikabgabe erstmals tatsächlich erhoben und die Alkoholsteuer erhöht werden. Im Jahr 2027 bleibt dadurch nur ein minimaler expansiver Effekt auf der Einnahmeseite. Ausgabeseitig wird die weitere Anhebung der Ausgaben für Verteidigung und Infrastruktur durch

massive Kürzungen bei den Ausgaben für Pflege und Gesundheit konterkariert, der Nettoimpuls bleibt aber positiv (► Tabelle 1 auf Seite 3).

Mehrausgaben und Entlastungen erhöhen das Defizit 2026

Durch die deutlich expansive Fiskalpolitik im laufenden Jahr steigen insbesondere die Ausgaben kräftig. Angetrieben auch durch weitere Ausgaben für Militär und Digitalisierung steigen die Vorleistungen deutlich beschleunigt. Die staatlichen Bruttoinvestitionen sind nach einem außerordentlich starken vierten Quartal 2025 mit einem sprunghaften Anstieg der Investitionen in militärische Waffensysteme zu Beginn dieses Jahres wieder erheblich zurückgefallen und legen erst im weiteren Jahresverlauf wieder spürbar zu. Im Jahresdurchschnitt ergibt sich aber nur ein kleines Plus von 3,4 %. Kräftig ausgeweitet werden mit 7,7 % erneut die sozialen Sachleistungen, die zu über der Hälfte auf das Gesundheitswesen entfallen. Kräftige Anstiege verzeichnen auch die sonstigen laufenden Transfers, die Subventionen und die Vermögenstransfers, letztere auch aufgrund steigender Investitionszuschüsse und der Militärhilfe für die Ukraine. Auch die Zinsausgaben erhöhen sich erneut sehr kräftig. Deutlich verlangsamt steigen hingegen die Arbeitnehmerentgelte nach mehreren Jahren mit sehr kräftigen Zuwächsen. Insgesamt liegen die Ausgaben damit um 5,3 % über dem Niveau des Vorjahres.

Die Steuereinnahmen haben sich trotz verschiedener Entlastungsmaßnahmen zuletzt etwas günstiger entwickelt als noch im Verlauf des vergangenen Jahres und dürften auch weiterhin wieder etwas deutlicher aufwärtsgerichtet sein. Im Jahresdurchschnitt steigen sie dennoch nur um 2,6 %. Infolge einer langsameren Lohn- und Gehaltsentwicklung und einer leicht negativen Beschäftigungsdynamik erhöhen sich die Beitragseinnahmen trotz erneuter Anhebung der Zusatzbeiträge in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) deutlich schwächer als noch im Vorjahr. Auch die Einnahmen aus Verkäufen, der drittgrößten Position auf der Einnahmenseite nach Steuern und Sozialbeiträgen, verlieren etwas an Dynamik. Damit ergibt sich bei den Einnahmen insgesamt ein Zuwachs von 3,1 % gegenüber 2025. Das gesamtstaatliche Finanzierungsdefizit steigt von 136,5 Mrd. Euro (3,0 % des BIP) auf 190,1 Mrd. Euro (4,0 % des BIP).

Geringere Fiskalimpulse und weiterhin hohes Defizit 2027

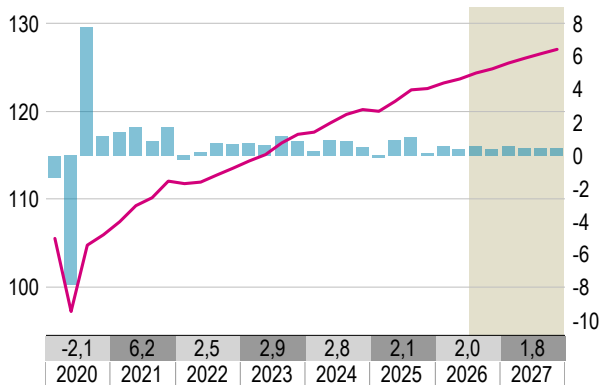
Im kommenden Jahr nehmen die staatlichen Bruttoinvestitionen infolge von Infrastrukturmaßnahmen und Militärausgaben mit 11,3 % kräftig zu. Auch

die Vorleistungen sind weiter deutlich aufwärtsgerichtet. Angesichts eines seit geraumer Zeit höheren Zinsniveaus und einer hohen zusätzlichen Verschuldung fallen auch die Zinsausgaben erneut deutlich höher aus als im Vorjahr. Stark verlangsamt erhöhen sich hingegen infolge von Konsolidierungsmaßnahmen die sozialen Sachleistungen und auch die monetären Sozialleistungen steigen spürbar verlangsamt. Mit 4,1 % nehmen die Ausgaben langsamer zu als noch 2026.

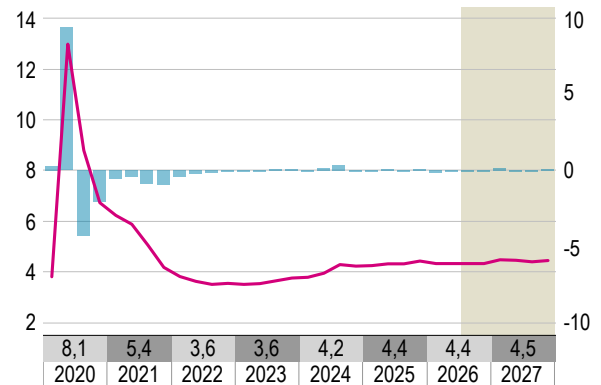
Die Steuereinnahmen steigen im kommenden Jahr wieder etwas stärker. Hier macht sich zum einen eine etwas bessere Gewinnentwicklung bemerkbar und Entlastungen bei den direkten Steuern werden teilweise durch Mehrbelastungen bei indirekten Steuern kompensiert. Der wieder etwas stärkere Zuwachs bei den Beitragseinnahmen geht primär auf die diskretionären Maßnahmen zurück, während schwächere Lohnzuwächse und eine nach wie vor stagnierende Beschäftigungsentwicklung die Dynamik bremsen. Die Verkäufe entwickeln sich ähnlich wie im Vorjahr. Insgesamt steigen die gesamtstaatlichen Einnahmen damit um 3,9 %. Das Defizit erhöht sich auf 202,5 Mrd. Euro (4,1 % des BIP). Damit übersteigt das Defizit im dritten Jahr in Folge die Maastricht-Grenze von 3 %. Aufgrund temporärer Ausnahmen für Verteidigungsausgaben kommt es vorerst nicht zu einem Defizitverfahren. Mittelfristig stellt die Kreditfinanzierung der hohen Rüstungsausgaben die Finanzpolitik vor enorme Herausforderungen.

Konjunktur in den USA

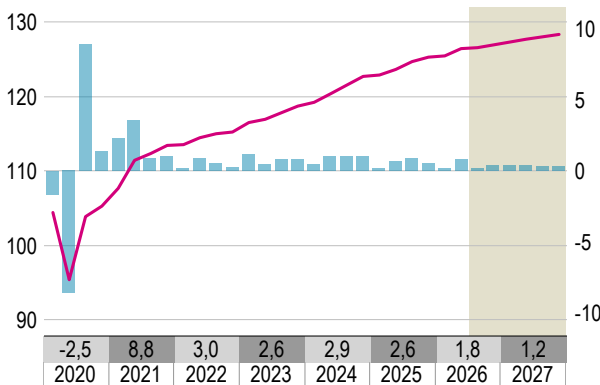
Bruttoinlandsprodukt



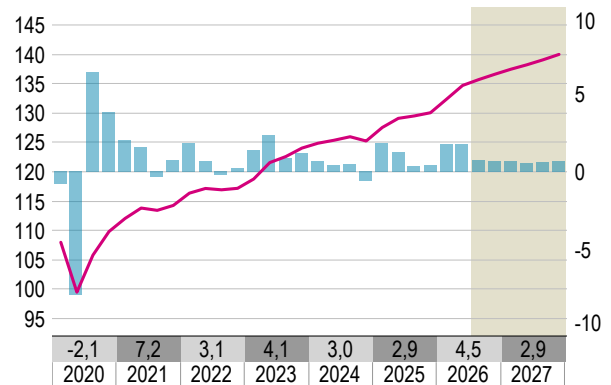
Arbeitslosenquote



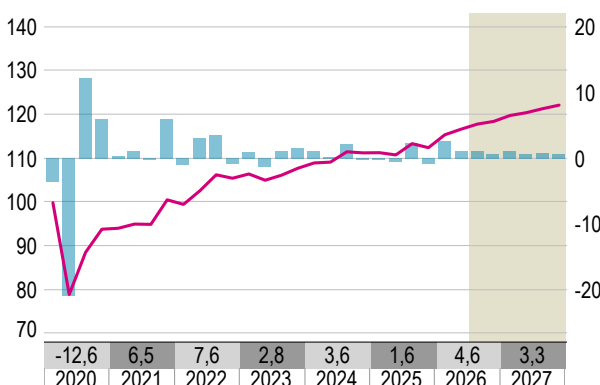
Private Konsumausgaben



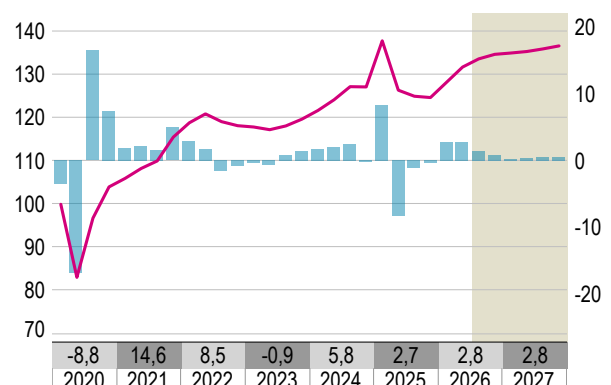
Bruttoanlageinvestitionen



Exporte von Gütern und Dienstleistungen



Importe von Gütern und Dienstleistungen



Index (2017=100, linke Skala) Veränderung gegenüber dem Vorquartal in % (rechte Skala), außer bei Arbeitslosenquote in Prozentpunkten
Prognose des IMK Jahresdurchschnittsrate

Saisonbereinigte Verläufe. Ab 3. Quartal 2026 Prognose des IMK.

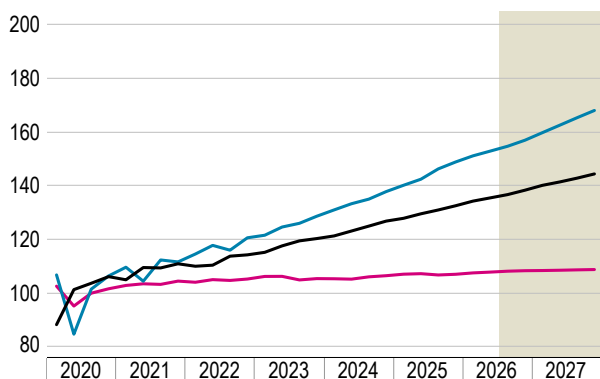
Die US-Wirtschaft dürfte im Prognosezeitraum leicht an Fahrt verlieren. Ursächlich hierfür ist vor allem ein schwächeres Wachstum des privaten Verbrauchs, der durch eine weiterhin hohe Inflation aufgrund der Energiepreisschocks des Irankriegs und neuer Zölle für Einfuhren aus Kanada belastet wird. Außerdem profitieren fast ausschließlich Hoheinkommenshaushalte von der Wirtschaftspolitik der Regierung. Stabilisiert wird das Wachstum hingegen durch die regen Unternehmensinvestitionen zum Aufbau von Datenzentren für die Künstliche Intelligenz (KI) sowie die dafür notwendige Infrastruktur. Dieser Investitionspfad unterliegt aber spürbaren Risiken, deren Realisierung davon abhängt, ob KI-Unternehmen die hohen Gewinnerwartungen auch nachhaltig erfüllen werden. Alles in allem wird das US-BIP 2026 um 2,0 % und 2027 um 1,8 % zunehmen.

Eine interaktive detailliertere Ansicht findet sich auf unserer Homepage:
<https://bit.ly/3Wigd7e>

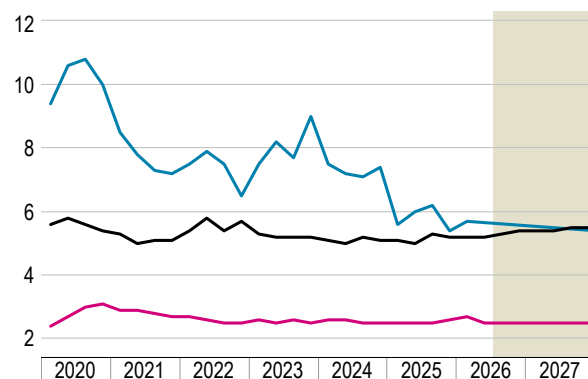
Quellen: NiGEM; Berechnungen des IMK.

Konjunktur in Asien

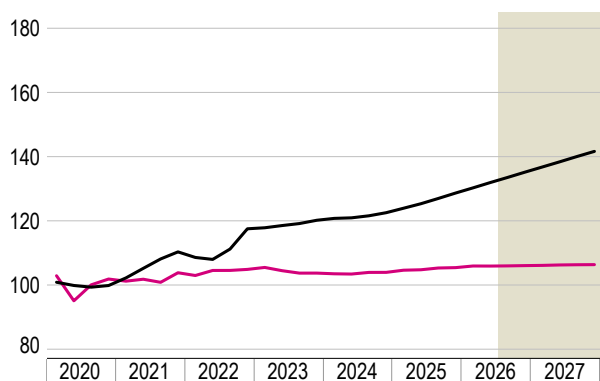
Bruttoinlandsprodukt



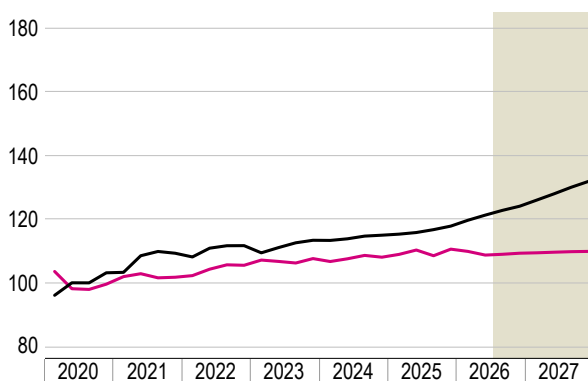
Arbeitslosenquote



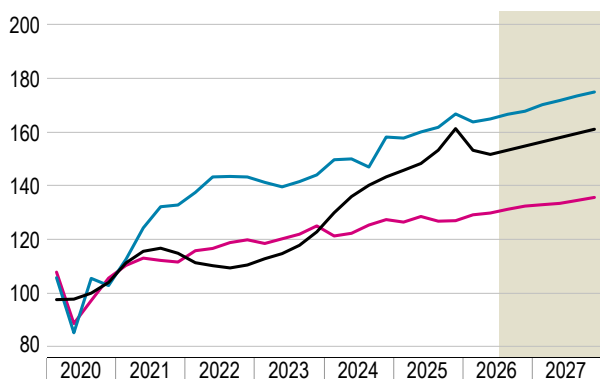
Private Konsumausgaben



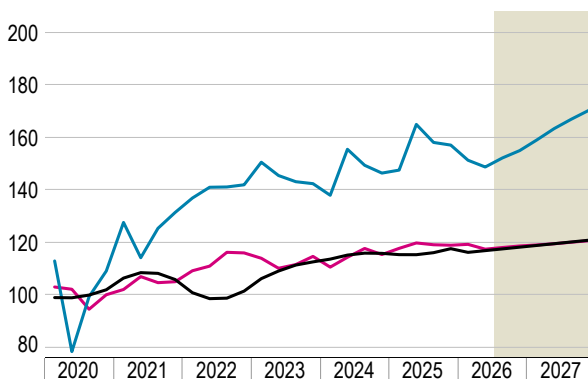
Bruttoanlageinvestitionen



Exporte von Gütern und Dienstleistungen



Importe von Gütern und Dienstleistungen



Japan (Index 2020=100) Indien (Index 2020=100)
China (Index 2020=100) Prognose des IMK

Saisonbereinigte Verläufe. Ab 3. Quartal 2026 Prognose des IMK.
NiGEM bietet keine Trennung der Inlandsnachfrage zwischen Konsum und Investitionen für Indien.

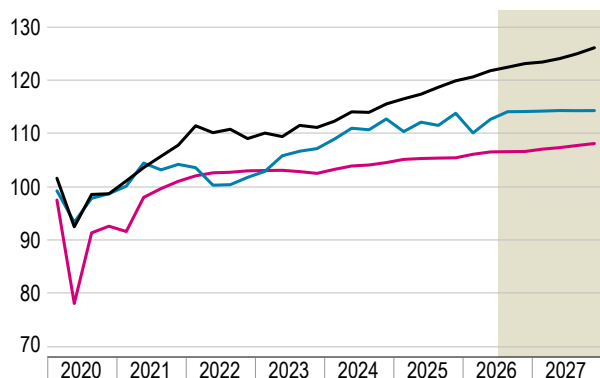
Chinas zwiespaltiger Wirtschaftspfad setzt sich im Prognosezeitraum fort. Dies umfasst einerseits starke Exporte, zunehmende Importsubstitution und einen Boom in ausgewählten, vom Staat stark geförderten (Hoch-) Technologien. Andererseits bleiben Binnennachfrage und soziale Sicherungssysteme schwach, der Preisauftrieb unterhalb des Inflationsziels und die Folgen der seit 2021 schwelenden Immobilienkrise spürbar. Alles in allem wird die chinesische Produktion 2026 um 4,6 % und 2027 um 4,4 % zunehmen. Die japanische Wirtschaft verliert bei steigender Inflation und Zinsen an Fahrt. Sie wird 2026 um 0,9 % und 2027 um 0,6 % expandieren. Die Wirtschaft Indiens wächst weiter dynamisch, aber auch hier hinterlässt der Energiepreisschock des Irankriegs Spuren. Im Prognosezeitraum dürfte ein Expansionstempo von 6,6 % 2026 und 6,5 % 2027 erreicht werden.

Eine interaktive detailliertere Ansicht findet sich auf unserer Homepage:
<https://bit.ly/3YqLnrt>

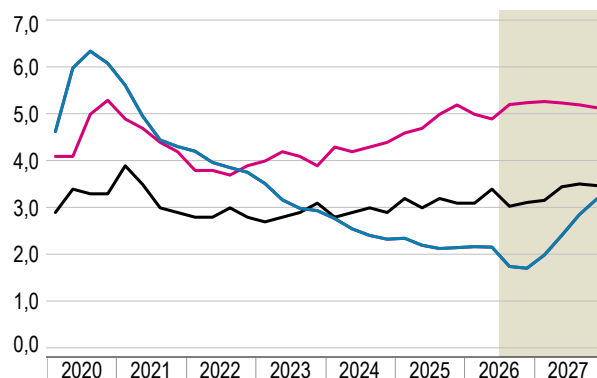
Quellen: NiGEM; Berechnungen des IMK.

Konjunktur in Europa außerhalb des Euroraums

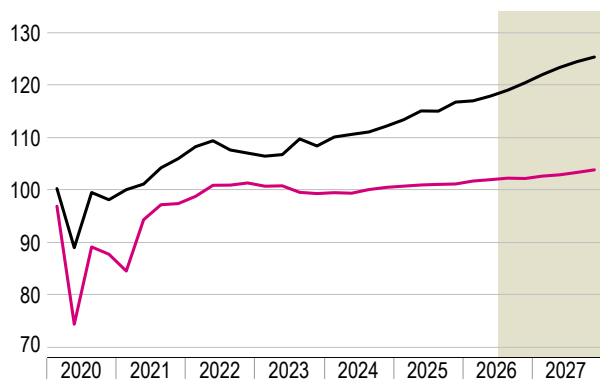
Bruttoinlandsprodukt



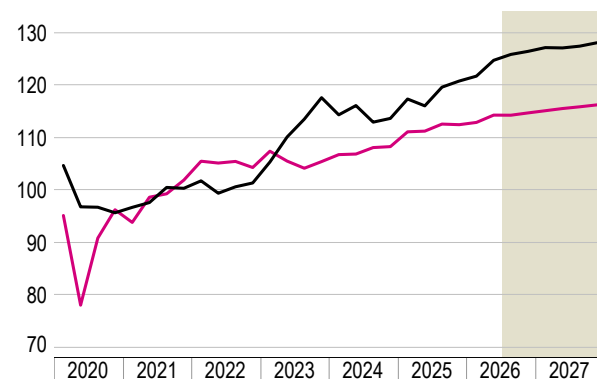
Arbeitslosenquote



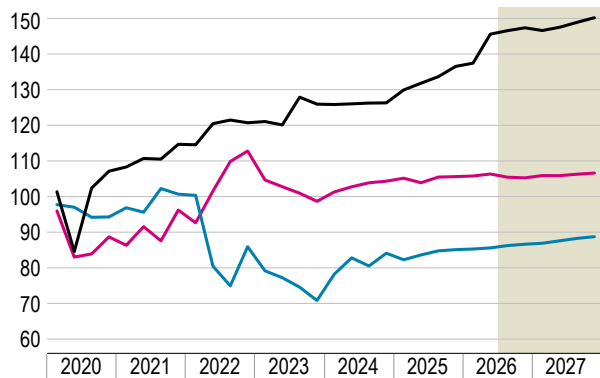
Private Konsumausgaben



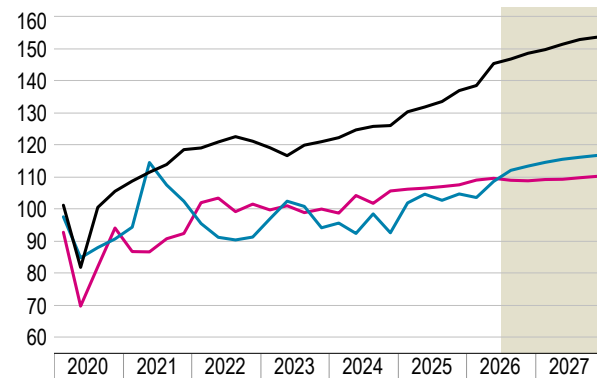
Bruttoanlageinvestitionen



Exporte von Gütern und Dienstleistungen



Importe von Gütern und Dienstleistungen



■ Vereinigtes Königreich (UK) (Index 2019=100)
 ■ Russland (Index 2019=100)
 ■ Polen (Index 2019=100)
 Prognose des IMK

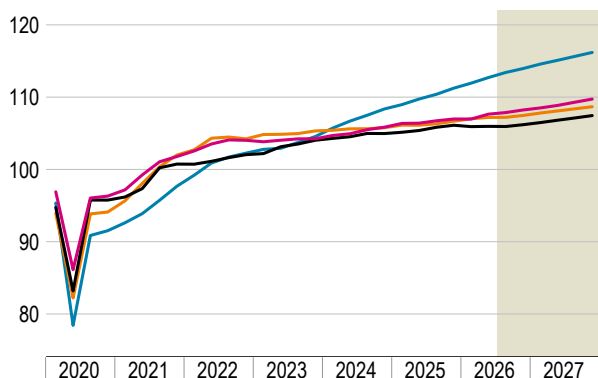
Saisonbereinigte Verläufe. Ab 3. Quartal 2026 Prognose des IMK.
NiGEM bietet keine Trennung der Inlandsnachfrage zwischen Konsum und Investitionen für Russland.

Eine interaktive detailliertere Ansicht findet sich auf unserer Homepage:
<https://bit.ly/3BE56uk>

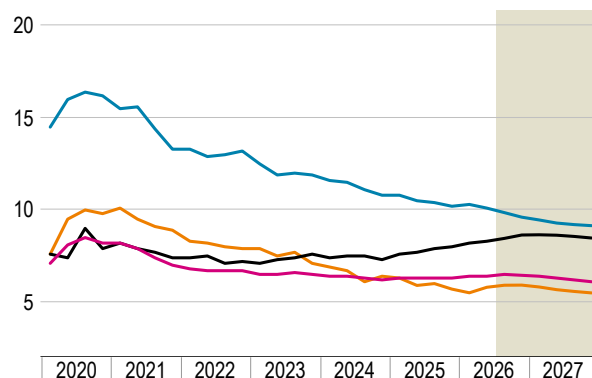
Quellen: NiGEM; Berechnungen des IMK.

Konjunktur im Euroraum

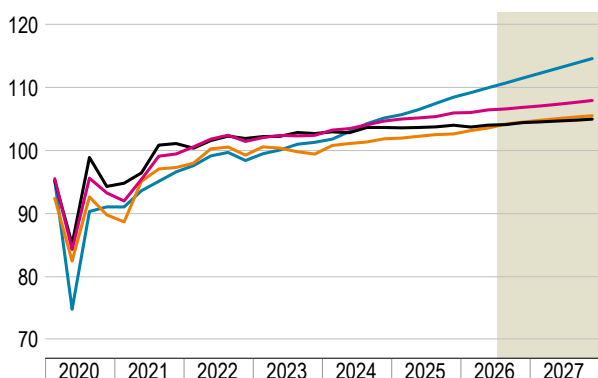
Bruttoinlandsprodukt



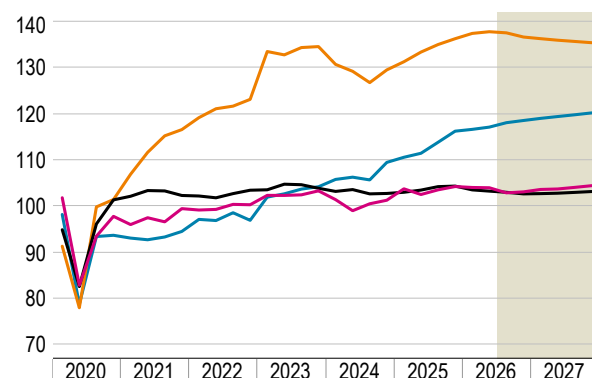
Arbeitslosenquote



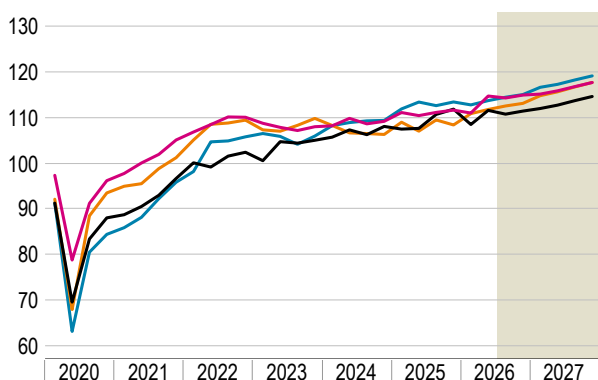
Private Konsumausgaben



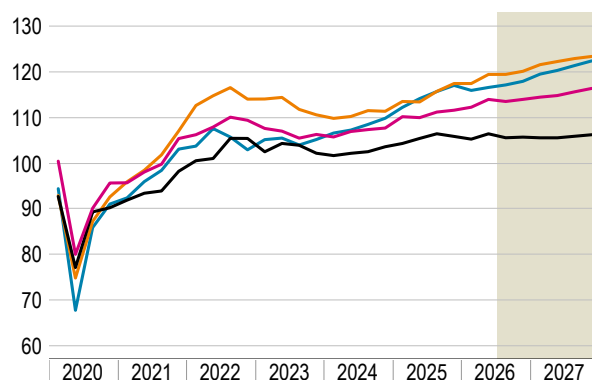
Bruttoanlageinvestitionen



Exporte von Gütern und Dienstleistungen



Importe von Gütern und Dienstleistungen



■ Euroraum (Index 2019=100)
 ■ Spanien (Index 2019=100)
 ■ Frankreich (Index 2019=100)
 ■ Italien (Index 2019=100)

■ Prognose des IMK

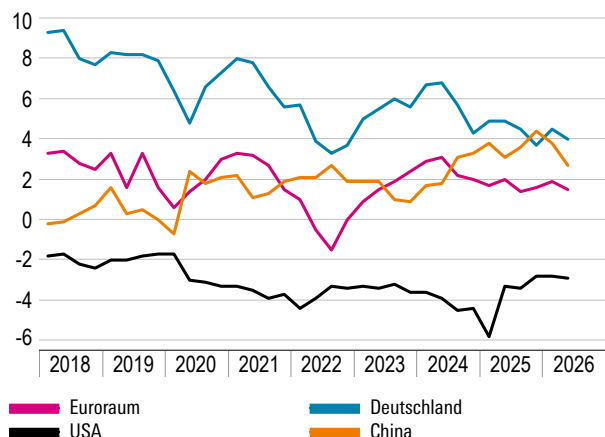
Saisonbereinigte Verläufe. Ab 3. Quartal 2026 Prognose des IMK.

Eine interaktive detailliertere Ansicht findet sich auf unserer Homepage:
<https://bit.ly/3FUg1G1>

Quellen: NiGEM; Berechnungen des IMK.

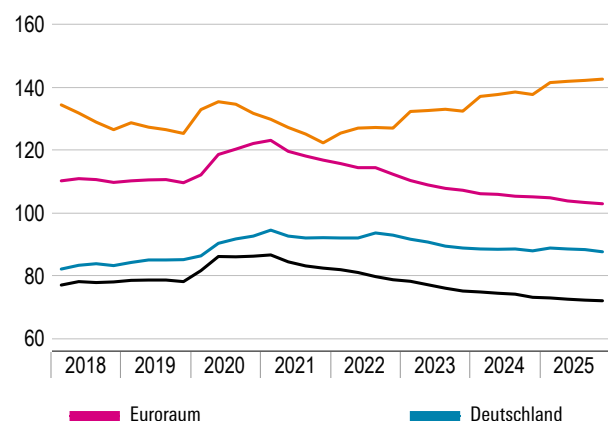
Makro- und Finanzstabilität

Leistungsbilanzsaldo
in % des BIP



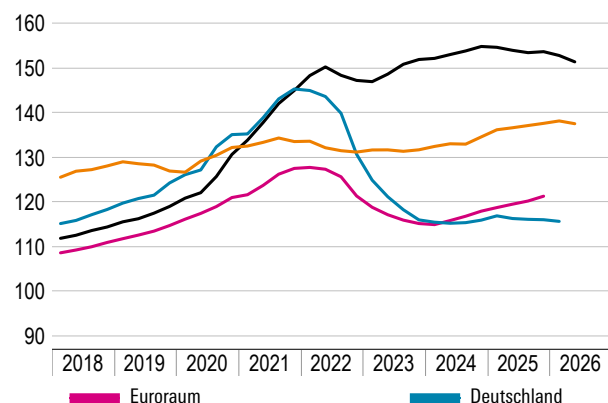
Verschuldung der Unternehmen

Bruttoverschuldung nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften in % des BIP

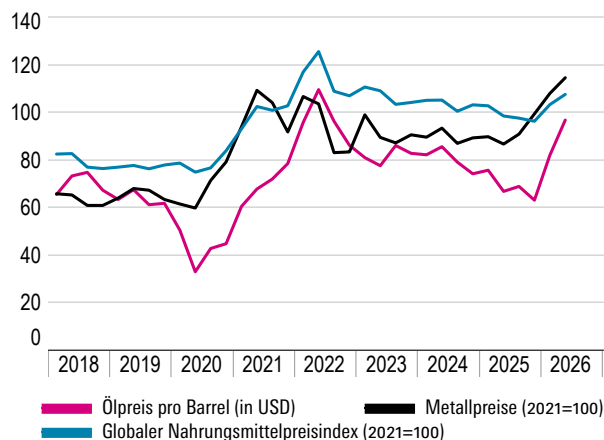


Häuserpreise

Real, OECD 2015=100

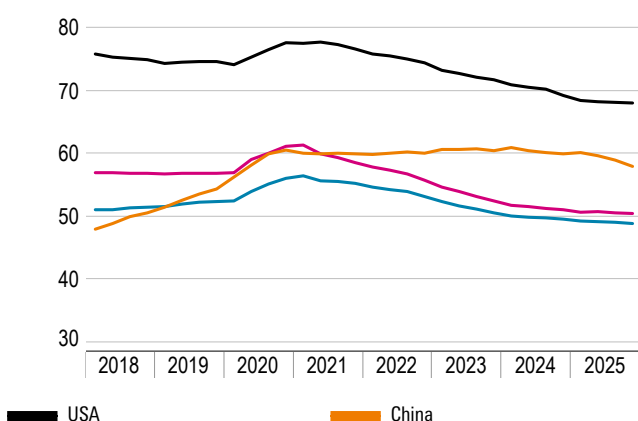


Rohstoffpreise



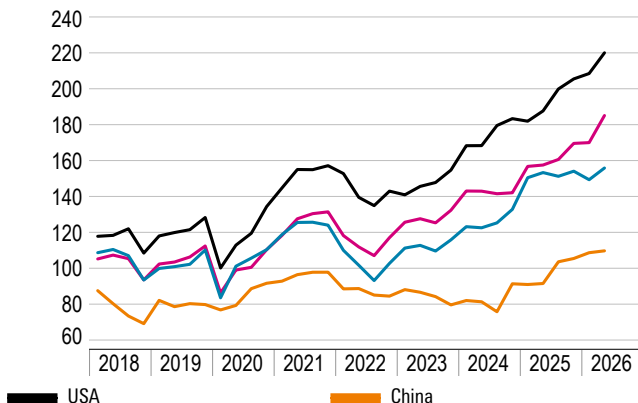
Verschuldung der Haushalte

Bruttoverschuldung Haushalte in % des BIP



Aktienkurse

Real, OECD 2015=100



Makrofinanzielle Risiken für die weltweite Wirtschaftsentwicklung ergeben sich im Herbst 2026 weiterhin aus den Kriegen im Iran und der Ukraine sowie einem möglichen Ende des KI-Booms an den internationalen Börsen. Persistente erhöhte Energiepreise und ein möglicher Rückgang der Aktienkurse könnten zusätzlich zu den im Haupttext beschriebenen Wirkungskanälen Konsum und Konjunktur belasten. Dies gilt insbesondere in angelsächsischen Volkswirtschaften. Kommt es zu Leitzinserhöhungen der Zentralbanken, ist auch eine stärkere negative Rückwirkung auf Häuserpreise und Bautätigkeit denkbar. Gemessen am Durchschnitt der jüngsten Jahre und mit Ausnahme Chinas kommt es aktuell zu einer leichten Mäßigung der Leistungsbilanzungleichgewichte.

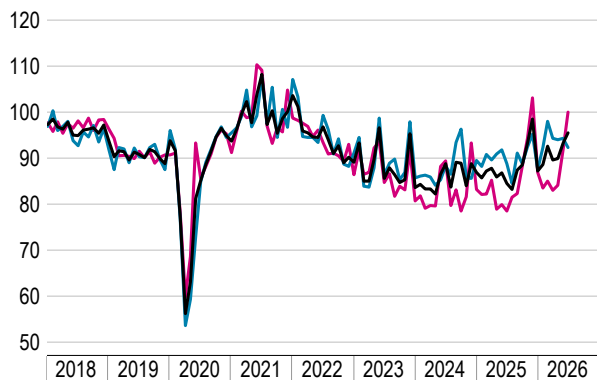
Eine interaktive detailliertere Ansicht findet sich auf unserer Homepage:
<https://bit.ly/3hDoktg>

Quellen: Macrobond; NiGEM; BIZ; OECD.

Auftragseingänge deutscher Unternehmen

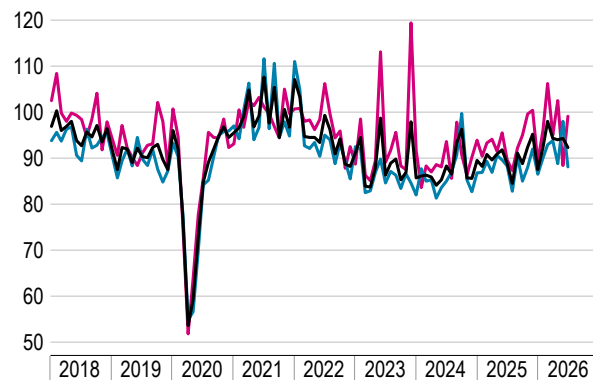
Kettenindex 2021=100

Industrie



— Gesamt
— Inland

Aus dem Ausland

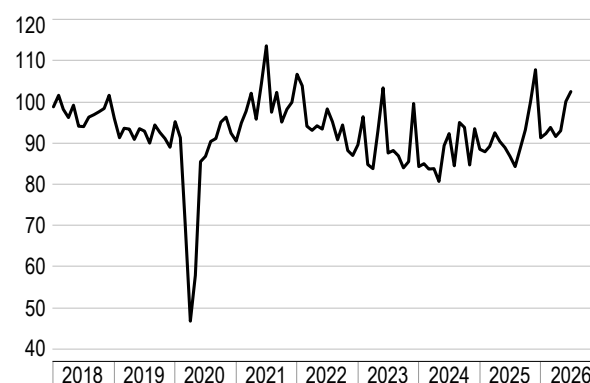


— Gesamt
— Nicht EUW

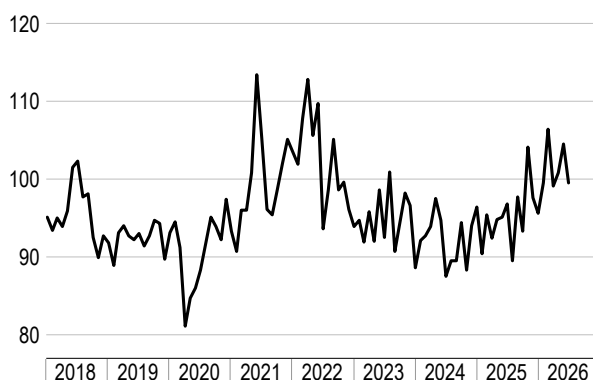
Vorleistungsgüter



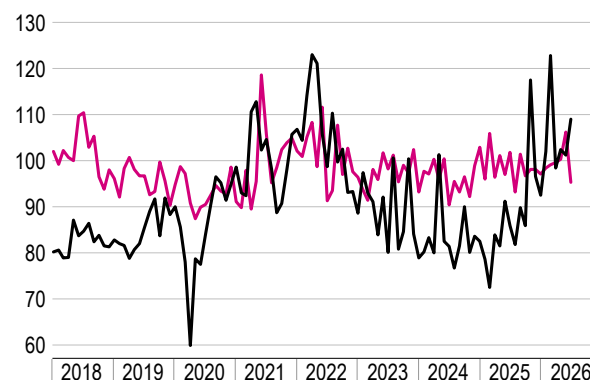
Investitionsgüter



Konsumgüter



Ge- und Verbrauchsgüter



— Verbrauchsgüter
— Gebrauchsgüter

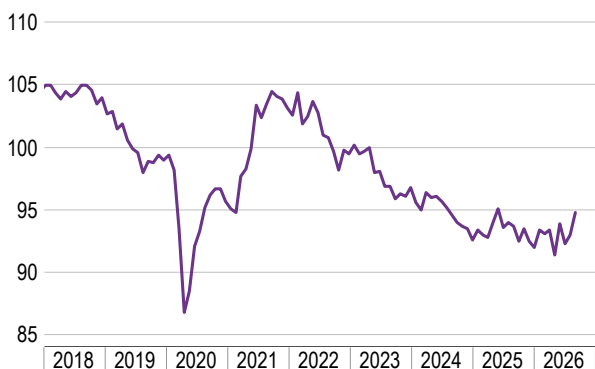
Volumen, kalender- und saisonbereinigt. Januar 2018 – August 2026.

Eine interaktive detailliertere Ansicht findet sich auf unserer Homepage:
<https://bit.ly/3W4Juzs>

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IMK.

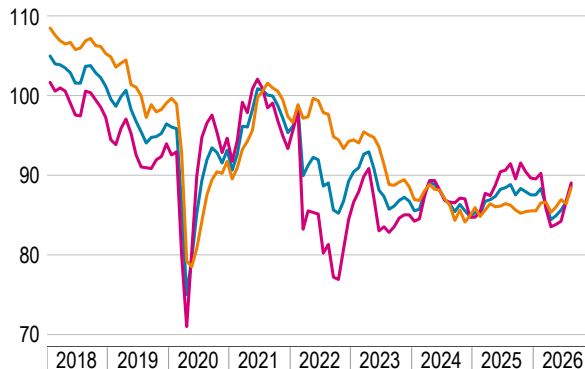
Konjunkturindikatoren Deutschland

ifo Beschäftigungsbarometer (2015=100)



— Beschäftigungsbarometer

ifo Geschäftsklima-Index (2015=100)



— Geschäftsbeurteilung
— Geschäftserwartung
— Geschäftsklima

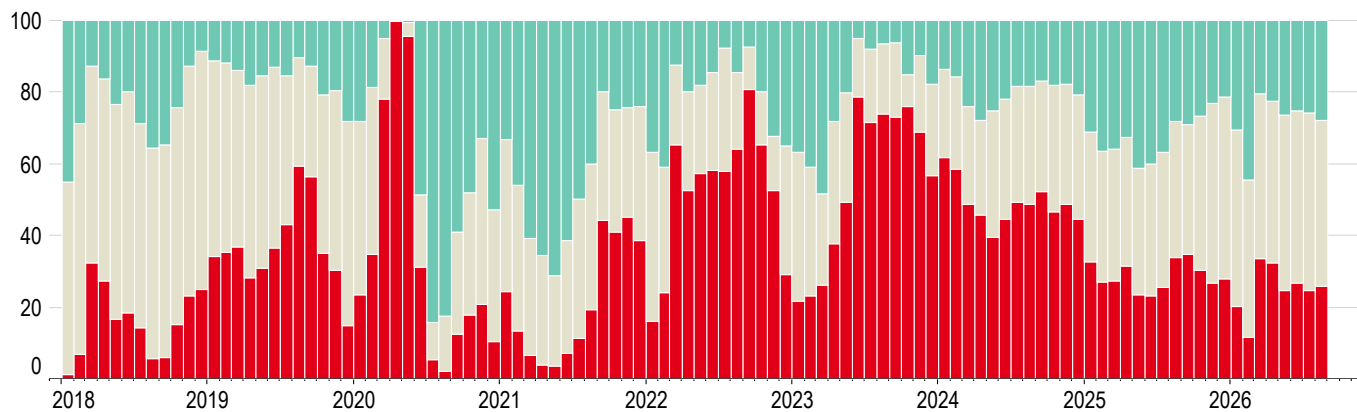
Januar 2018 bis August 2026 (saisonbereinigt).

Eine interaktive detailliertere Ansicht findet sich auf unserer Homepage:

<https://bit.ly/3YxeWbA>

IMK Konjunkturindikator

Rezessions- und Boomwahrscheinlichkeiten in % – Ausblick für die nächsten 3 Monate*



— Boomwahrscheinlichkeit
— Unsicherheit
— Rezessionswahrscheinlichkeit

* Veröffentlichung Mitte September 2026.

Weitere Informationen zur Konjunkturampel unter:

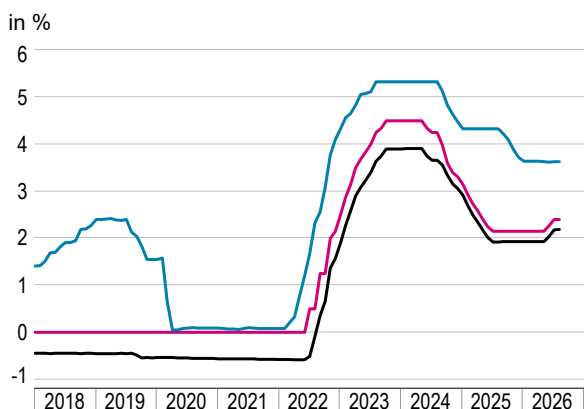
<https://bit.ly/3YxeWbA>

Quellen: Deutsche Bundesbank; ifo Institut; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IMK.

IMK

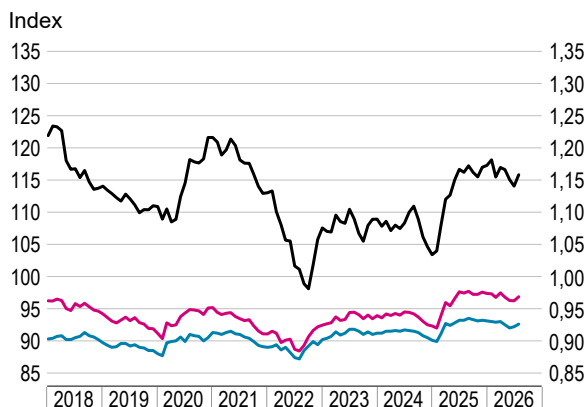
Monetäre Rahmenbedingungen

Leitzinsen im Euroraum und in den USA



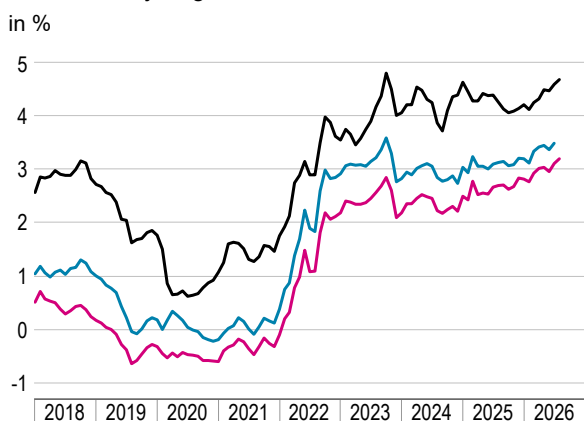
■ Euro Short-Term Rate (€STR)
■ Federal Funds Rate
■ Hauptrefinanzierungssatz der EZB

Wechselkurs und real effektiver Außenwert**



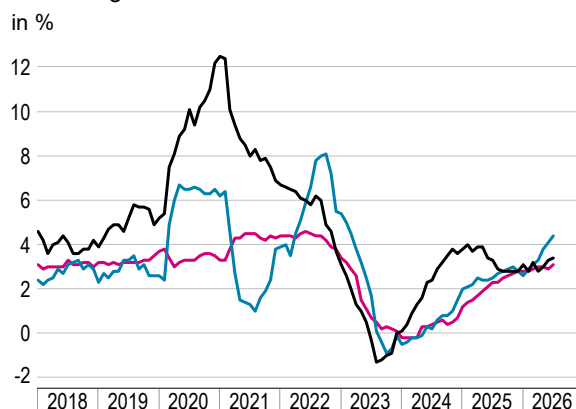
■ USD/EUR (rechte Skala)
■ Indikator preislicher Wettbewerbsfähigkeit Deutschland (linke Skala)
■ Real effektiver Außenwert des Euro (linke Skala)

Renditen 10-jähriger Staatsanleihen



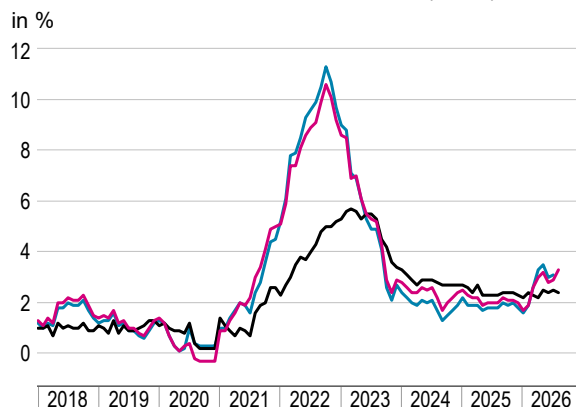
■ USA ■ Euroraum ■ Deutschland

Geldmenge und Kreditvolumen im Euroraum*



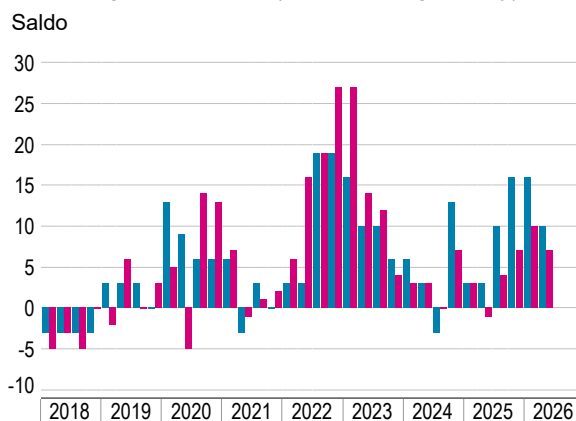
■ Geldmenge M3
■ Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften
■ Buchkredite an private Haushalte

Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI)*



■ HVPI Euroraum
■ HVPI ohne Energie, Nahrungsmittel, Alkohol und Tabak
■ HVPI zu konstanten Steuersätzen

Kreditvergabestandards (Bank Lending Survey)***



■ Deutschland, Saldo der Antworten befragter Banken
■ Euroraum, Saldo der Antworten befragter Banken

Ab Januar 2018 bis August 2026 bzw. Juli 2026. Kreditvergabestandards bis 2. Quartal 2026.

* Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

** Real effektiver Außenwert auf Basis der Verbraucherpreise gegenüber 40 Ländern (Euroraum) bzw. 60 Ländern (Deutschland).

*** Positive Salden bedeuten eine Verschärfung.

Eine interaktive detailliertere Ansicht findet sich auf unserer Homepage:

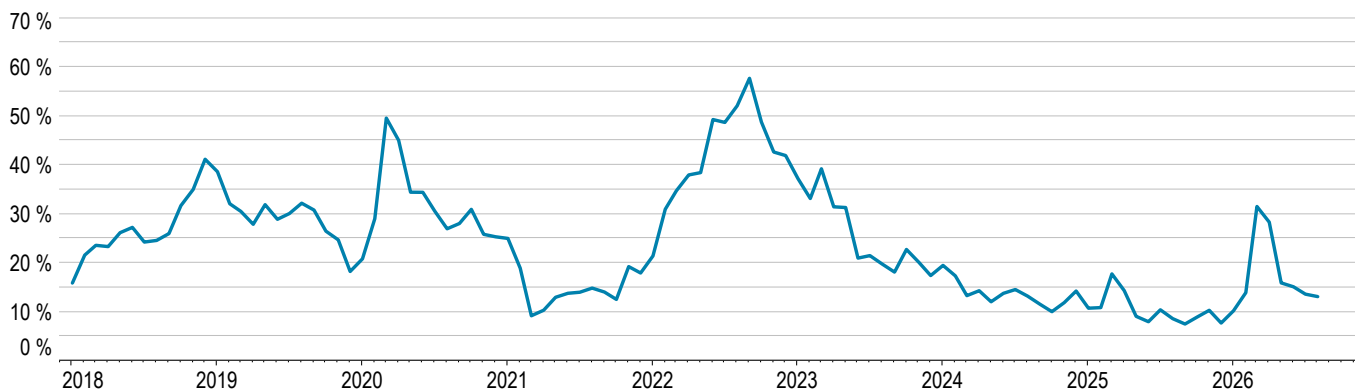
<https://bit.ly/3uTSxv>

Quellen: Deutsche Bundesbank; Europäische Zentralbank; Eurostat; Federal Reserve; Macrobond.

Risikomaße

a) Finanzmarktstressindikator (reskaliert)

Januar 2018 - August 2026



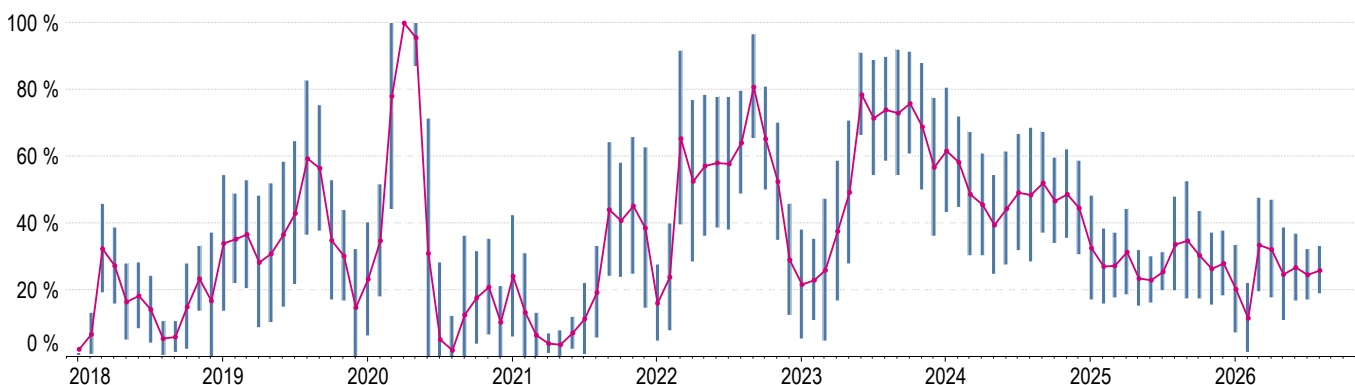
Unter einer Vielzahl finanzmarktbezogener Daten wählt der IMK-Finanzmarktstressindikator anhand der Korrelation zu historischen Finanzmarkturbulenzen für jeden Veröffentlichungsstand 20 Zeitreihen aus. Basierend auf diesen hauptsächlich nicht stationären Reihen bestimmt sich mittels statischer Faktoranalyse derjenige Faktor (Hauptkomponente), der den Großteil der Schwankungen der Daten beschreibt, nachdem diese zentriert wurden. Hochpunkte dieses Unsicherheitsmaßes kennzeichnen in der Regel Finanzmarktkrisen, wobei die Skalierung so gewählt wird, dass die Finanzmarktkrise von 2007/08 gleichbedeutend mit 100%igem Finanzmarktstress ist.

Die zugrunde liegende Informationsmatrix des IMK-Finanzmarktstressindikators umfasst Daten zum Kreditwachstum, zur Volatilität von Aktien- und Rohstoffpreisen, Raten von Kreditausfallversicherungen sowie EZB-spezifische Daten wie Spitzenrefinanzierungsfazilität und TARGET-Salden.

Quellen: Macrobond; Berechnungen des IMK.

b) Rezessionswahrscheinlichkeit mit Streuung

Januar 2018 - August 2026



In den IMK Konjunkturindikator (Abbildung G) fließen zahlreiche Daten aus der Real- und der Finanzwirtschaft ein. Darüber hinaus berücksichtigt das Instrument Stimmungsindikatoren. Das IMK nutzt dabei die Industrieproduktion als Referenzwert für eine Rezession, weil diese rascher auf einen Nachfrageeinbruch reagiert als das Bruttoinlandsprodukt (BIP). Die Streuung der für die Gesamtprognose relevanten Einzelgleichungen beschreibt die prognostische Unsicherheit. Die Zeitachse in obiger Darstellung bezieht sich auf den jeweils aktuellen Beobachtungsrand. Die Werteachse zeigt dann die zugehörige mittlere Echtzeitprognose der Rezessionswahrscheinlichkeit für die nächsten drei Monate.

Eine interaktive detailliertere Ansicht findet sich auf unserer Homepage:

<https://bit.ly/3uTroog>

Quelle: Berechnungen des IMK.

LITERATUR

Bauermann, T. / Theobald, T. / Janßen, F. (2026): Strompreise clever deckeln, Übergewinne vermeiden - Effekte des Iberischen Mechanismus auf den Strommarkt. IMK Policy Brief Nr. 215.

Breuer, C. / Dullien, S. / Herzog-Stein, A. / Rietzler, K. / Stephan, S. / Theobald, T. / Tober, S. (2026): Iran-Krieg durchkreuzt Hoffnung auf schnelle Erholung - Prognose-Update: Die konjunkturelle Lage in Deutschland zur Jahresmitte 2026. IMK Report 201.

Caballero, R. J. (2026): *Speculative Growth and the AI „Bubble“*. National Bureau of Economic Research. Working Paper, w34722.

Cepparulo, A. / Reitano, V. E. (2026): An Assessment of the Euro Area Fiscal Stance in 2026 and 2027 amid an Energy Supply Shock. European Commission, European Economy Economic Brief 091, Juli.

Deutsche Bundesbank (2026): Zur Unbeständigkeit der irischen BIP-Wachstumsraten und deren Auswirkungen für die Euroraum-Analyse. In: Monatsbericht – August 2026, Jg. 78, H. 8, S. 36-53.

Dullien, S. / Tober, S. (2024): Energy Price Brakes and Tax Relief: Germany's Anti-Inflation Policies After the 2022 Terms-of-Trade Shocks. *Revue d'économie financière*, No 153(1), S. 119-132.

Europäische Zentralbank (2026): Eurosystem Staff Macroeconomic Projections. September.

IEA (2026): *Strait of Hormuz*. Factsheet.

Knoche, A. / Kaestner, K. / Büchel, J. / Gester, A. / Frondel, M. / Henger, R. / Oberst, C. / Pahle, M. / Singhal, P. (2026): *Fokusreport Wärme und Wohnen – Zentrale Ergebnisse aus dem Ariadne Wärme- & Wohnen-Panel 2025*. Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK), Potsdam.

Kuik, F. / Lis, E. / Nickel, C. / Porqueddu, M. (2026): *From well to pump: how fuel prices are formed*. ECB Blog, Europäische Zentralbank, Frankfurt/M., 31. Juli.

Lane, P. (2026): The rise in defense spending and the euro area economy. Europe's defence build-up: macro-economic, fiscal and financial stability challenges. European Central Bank. Slides at the EEA/ESEM Annual Meeting, Dublin, August 17, 2026.

Paetz, C. / Watzka, S. (2025): The new fiscal rules: another round of austerity for Europe? In: *Int. J. Public Policy*, Jg. 18, H. 1/2, S. 51-70.

Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2026): *Energiepreisschock überlagert Fiskalimpuls – Wachstumskräfte versiegen*. Gemeinschaftsdiagnose #1-2026, Frühjahr.

Theobald, T. / Tober, S. (2026): *Dollar Risk and Euro Opportunity: A Model-Based Scenario Analysis*. In: *National Institute Economic Review*, S. 1 - 13.

Tober, S. (2026): IMK Inflationsmonitor: Inflation steigt im August 2026 auf 2,9 %, Kraftstoffpreise auf historischem Höchststand. IMK Policy Brief Nr. 224.



Alle Links wurden zuletzt
am 11.09. 2026 geprüft



ALLE IMK PUBLIKATIONEN

Reports, Working Paper, Studies und Policy Briefs
<https://www.imk-boeckler.de/de/veroeffentlichungen-15375.htm>



IMK KONJUNKTURSPIEGEL

Illustrative Online-Darstellung aller Indikator-Grafiken
<https://www.imk-boeckler.de/de/imk-konjunkturspiegel-15363.htm>



IMK KONJUNKTURAMPEL

Frühwarnsystem zur Rezessionswahrscheinlichkeit für die nächsten drei Monate, basierend auf Monatsdaten
<https://www.imk-boeckler.de/de/imk-konjunkturampel-15362.htm>



SOCIAL MEDIA

IMK auf Bluesky: <https://bsky.app/profile/imkinstitut.bsky.social>
IMK auf Facebook: www.facebook.com/IMKInstitut

IMPRESSUM

Herausgeber

Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK)
der Hans-Böckler-Stiftung
Georg-Glock-Straße 18, 40474 Düsseldorf
Telefon +49 (211) 77 78-312

imk-publikationen@boeckler.de
<https://www.imk-boeckler.de>

Pressekontakt

Rainer Jung, +49 (211) 77 78-15 0
rainer-jung@boeckler.de

Autorenkontakt

Prof. Dr. Christian Breuer, christian-breuer@boeckler.de

Ausgabe

IMK Report Nr. 203 (abgeschlossen am 10.09.2026)

Redaktionsleitung: Prof. Dr. Christian Breuer

Satz: Sabine Keil

Grafik: Pia Korn

ISSN 1861-3683



„Erholung trotz Energiepreisschocks - Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung 2026/2027“ von Christian Breuer, Sebastian Dullien, Alexander Herzog-Stein, Christoph Paetz, Katja Rietzler, Sabine Stephan, Thomas Theobald, Silke Tober, Sebastian Watzka ist unter der Creative Commons Lizenz Namensnennung 4.0 International lizenziert (BY).

Diese Lizenz erlaubt unter Voraussetzung der Namensnennung des Urhebers die Bearbeitung, Vervielfältigung und Verbreitung des Materials in jedem Format oder Medium für beliebige Zwecke, auch kommerziell.

Den vollständigen Lizenztext finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/legalcode.de>

Die Bedingungen der Creative Commons Lizenz gelten nur für Originalmaterial. Die Wiederverwendung von Material aus anderen Quellen (gekennzeichnet mit Quellenangabe) wie z. B. von Abbildungen, Tabellen, Fotos und Textauszügen erfordert ggf. weitere Nutzungsgenehmigungen durch den jeweiligen Rechteinhaber.